

# STAATSARCHIV HAMBURG

---

314 -15 Oberfinanzpräsident  
Abl. 1998

---

F229

Band I u. II

---

---

---

---

---

---

---

B.V.

F 229

Bd I

mir in Verbindung mit F 383

Friedberg, Sally, geb 3.5.87

Band I, LA, BrA 1-5

(Darlehensakte) in Bd II

K

F 229, Bd I



geborene am 28.5.34 in  
Leitakte Bl. 1-

## Verfahrensakte

Unterakte 1 Bl. 101-

Indenvermögensabgabe etc.

Unterakte 2 Bl. 201-

Versteigerungserlös

Darlehnssakte Bl. 1-



Hansestadt Hamburg  
Devisenstelle  
Aktenzeichen:  
R/5 968/38

Hamburg, den Nov. 1948

K u r z b e r i c h t  
an den Herrn Oberfinanzpräsidenten  
über das Vermögen

H a m b u r g

des/der Sally Friedeberg, Reisevertreten

geboren am: 3.5.87 in Krausnick Ehefrau: Adelheid

geborene Pessel am 20.6.94 in

letzte Wohnung in Hamburg: Lenhartz Strasse 11.

ortige Anfrage vom: Aktenzeichen: O 5210 o.B.

zuständiges Finanzamt: R Alsterufer 147/

) Grundbesitz: Berlin N O 18 Lichtenberger Strasse 3 verkauft  
Davon 7/12 von RM 13 951.-- beim Notar Dr. Lüdinghausen, Berlin W 35  
Potsdamer Strasse 72 hinterlegt (9.XI.1938).

Ausserdem ein Grundstück in Guatemala.

) Hypothekenbesitz:

) Geschäftsvermögen oder Beteiligungen:

a) Wertpapierdepot bei:

b) Schmuckdepot bei: abgeliefert und verkauft für RM 144.-- und RM 36.--

b.v.s. Konten und Guthaben bei Banken und Sparkassen:

Deutsche Bank, Dep. K. R  
Haspa von 1827 Hbg. Cto 80/900 553 (auf Namen vom Stiefsohn  
Fredy Zadi)



6) Renten und Versorgungsansprüche:

7) Beteiligungen an Nachlässen:

Die Ehefrau am Nachl. Ferd. Zadik (Dazu Haus in Guatemala) v.  
ter Ziff 8c und 11b.

8) Private Forderungen gegen:

- a) Hans Joachim Friedeberg, Berlin W 50 Regensburgerstrasse 1  
RM 2300.---
- b) Leo Pessel, ausgewandert nach Pittsburg  
RM 250.---
- c) \$ 875.--- an Grundstück Guatemala. Verwalter Dr. Caes.  
Philip Hamburg, Schlüterstrasse 4

9) Versicherungsansprüche:

- a) holl. Ges. K.V. Rotterdam Rotterdamse Verzekering Societa  
Rotterdam
- b) Allianz & Stuttgarter Verein, Pol. A 116 875. Rückkaufsw.  
RM 220.---

10) Degoabgabe: RM 1991.--- und RM 2993.---

11) Inländische Bevollmächtigte:

- a) Achim Lingner, Hamburg, Neuerwall 54/60
- b) F Schmidkunz, Hamburg, Alstertor 2.

12) Bemerkungen und Erläuterungen:

(Ehefrau)

Die Ber. Person wurde von der Ablieferung ihres Grundbesitzes  
Guatemala freigestellt mit der Auflage, einen bei der Firma  
Warburg & Co, hinterlegten Betrag von \$ 9000.-- an das Reich  
liefern. Auskunft über die abgelieferte Summe durch die Firma  
Warburg & Co, Hamburg. In dieser Sache wird auf den über Dr. C.  
Philip gesandten Sonderbericht Bezug genommen, in dem über die  
\$ 9000.--, von denen Frau Friedeberg \$ 3000.-- betrafen, eingehend  
richtet ist.

3) Sicherungsanordnung am:

Datum der Vermögenserklärung:  
Beschlagnahme des Vermögens:

9.11.38 und 10.8.39  
unbekannt.

Im Auftrag

*Heute*

Der Oberfinanzpr.  
Hamburg  
O 5210  
5265

An die Frau...

Betrifft: Wiede  
Herr  
Frau  
Fräulein  
früher

hat/haben bei I  
unterhalten. I  
eingezogen und  
Aktenzeichen di  
zur Judenvermö  
dankbar.

Der Oberfinanzpr.  
Hamburg

O 5210  
5265

An die Frau...

Betrifft: Wied  
Herr  
Frau  
Fräulein  
früher

hat/haben bei  
unterhalten. I  
eingezogen und  
Aktenzeichen d  
zur Judenvermö  
dankbar.



# NORDDEUTSCHE BANK IN HAMBURG

früher DEUTSCHE BANK FILIALE HAMBURG

Fernsprecher 32 17 61 und 32 18 34 - Drahtanschrift Deutschbank - Fernschreiber 02/1175 - Landessentralbank-Girokonto Hamburg 2/7

An den  
Oberfinanzpräsident Hamburg  
-Kanzlei-

24a) Hamburg 11  
Rödingsmarkt 83

855  
Oberfinanzpräsident  
Hamburg  
27. SEP. 1950

AUSSENHANDELSBANK

Vertreter für die

DEUTSCHE UEBERSEEISCHE BANK

Bei Beantwortung bitten wir anzugeben  
Ibl. Sekretariat Ha/F.  
Bei telef. Anrufen: Hausapparat Nr.

Ihre Nachricht vom  
20.9.1950

Ihre Zeichen  
O 5210 - F 229  
P 55 d 68  
6

(24a) Hamburg 11, Alter Wall 37-53  
26. September 1950.

Betr.: Sally Friedeberg und Frau Adelheid Friedeberg, früher Hamburg.

Eine Vermögensbeschlagnahme gegen die Obengenannten ist uns nicht zugegangen. Wir möchten daher annehmen, dass Herr Friedeberg über das Guthaben auf seinem früheren Konto bei uns vor seiner Auswanderung verfügt hat.

Herr Friedeberg hatte bei uns Tafelsilber deponiert, dessen Wert von dem Juwelier J. Hilken, Hamburg, auf DM 133.30 geschätzt war. Dieses Tafelsilber mussten wir im Juli 1940 an die Öffentliche Pfandleihanstalt in Hamburg abliefern. Der Erlös war von Herrn Friedeborgen den Jüdischen Religionsverband Hamburg e.V., Hamburg, abgetreten.

Wir erhielten für diese Wertgegenstände von der Öffentlichen Ankaufsstelle RM 36.--, die wir abzüglich RM 7.50 für Aufbewahrungsgebühr usw. mit RM 28.50 am 25.7.1940 auf das Konto des Jüdischen Religionsverbandes Hamburg e.V., Hamburg, bei der Dresdner Bank, Depositenkasse Harvestehude, überwiesen haben.

Unterlagen über Judenvermögensabgabe oder Reichsfluchtsteuer besitzen wir nicht.

Hochachtungsvoll

NORDDEUTSCHE BANK IN HAMBURG

Krauss

Schatz



Oberfinanzdirektion  
Gruppe Devisenüberwachung  
R 5/968/38

Der Oberfinanzpräsident

Hamburg, den 29. September 1950

Anlagen

An die

Oberfinanzdirektion, Abt. P 55 d.

H a m b u r g 11

Anlagen.

Betrifft: Rückerstattung Sally Friedeberg, früher  
Hamburg, Lenhartzstrasse 2.

Bezug : Dortiges Schreiben vom 20.9.1950 - Az.: O 5210 - F 229 -  
P 55 d.

Personalverhältnisse:

Sally Friedeberg, geb. den 3.5.1887 in Krausnick, Ehefrau  
Adelheid geb. Pessel. Letzte Hamburger Adresse: Lenhartzstrasse 11.  
Zuständiges Finanzamt: Rechtes Alsterufer Nr. 147/262.

Vermögensverhältnisse:

Am 10. Oktober 1938 wurde von der Zollfahndungsstelle, am  
26. November 1938 von der Devisenstelle Hamburg eine Sicherungsan-  
ordnung gegen das Ehepaar Friedeberg erlassen. Nach der daraufhin  
hier vorgelegten Vermögenserklärung vom 2.11.1938 war folgendes Ver-  
mögen vorhanden:

Bargeld: RM 120.--  
Bankguthaben:

Bei der Haspa von 1827 Sparbuch  
Nr. 80/900363 auf den Namen Fredy  
Zadik (Stiefsohn) " 2.361.72  
Bei der Dedibank Dep.K. R " 2.099.79  
" " " " Sonderkonto " 9.000.--  
Auf Postscheckkonto Nr. 21547 " 28.83

Grundbesitz:

7/12 am Grundstück Berlin NO 18  
verkauft. Anteil am Erlös " 13.951.--  
(Hinterlegt beim Notar)  
1/3 Anteil an einem Grundstück in  
Guatemala. Wert \$ 8.333.--

Darlehnsforderungen:

gegen Hans Friedeberg, Berlin W 50  
Regensburgerstrasse 15 RM 2.300.--  
Leo Pessel. Ausgewandert " 250.--  
Königsberger, Guatemala \$ 873.--

Versicherungen:

Police bei der (Nr. 116875) Allianz  
& Stuttgarter Verein. Wert RM 220.--  
N.V. Rotterdamsche Verzekering Soc.  
Rotterdam, auf Achim Lingner abge-  
treten an Ehefrau u. Stiefsohn Wert Fl. 212.78



Über die Bankguthaben kann aus den bekannten Gründen aus den hiesigen Akten nichts endgültiges ermittelt werden.

Grundbesitz: Das Grundstück in Berlin war am 1. Oktober 1938 verkauft worden. Der Anteil Friedeberg betrug nach einer Abrechnung des instrumentierenden Notars Dr. Frh. von Lüdenhausen gen. Woll vom 19.7.1939 nach Abzug der Unkosten RM 13.290.62. Hiervon sind vom Notar ausgezahlt worden:

RM 9.500.--	an das Fin. Amt Rechtes Alsterufer
" 1.000.--	" Sally Friedeberg
" 290.45	" die Allianz
" 64.05	" Mutzenbecher

Mithin verblieb ein Rest von RM 2.436.12. Diese Summe ist auf das gesperrte Konto bei der Dedibank Hamburg für Friedeberg überwiesen worden.

Der Grundbesitz in Guatemala: Über diesen Grundbesitzanteil ist am 29.9.1948 in Sachen Dr. Caesar Philip berichtet worden, der Miterbe an dem Grundstück und gleichzeitig Testamentsvollstrecker zu dem Nachlass war, aus dem der Besitz ihm und der Ehefrau der Sally Friedeberg zugefallen war. Auf diesen Bericht wird Bezug genommen. Frau Friedeberg hat ihrerseits \$ 3.000.-- ins Inland gebracht, der Gegenwert ist ihr in Reichsmark vergütet worden. Aus dem Reichsmarkbetrag wurde ein Vorschuss von RM 7.300.-- abgedeckt, den der Ehemann Friedeberg von Dr. Caesar Philip im Inlande aufgenommen hatte.

Aus diesem Grundstück stammt auch der Betrag von \$ 873.-- (anderweitig mit \$ 895.-- beziffert), der Frau Friedeberg aus dem Überschuss aus dem Grundstück zustand. Aus den Akten lässt sich nicht feststellen, was aus diesem Betrag geworden ist. Es wird angenommen, dass er im Auslande geblieben ist.

Über die Darlehnsforderung im Inlande von RM 2.300.-- gegen Hans Friedeberg, Berlin, und RM 250.-- gegen den ausgewanderten Leo Pessel ist aus den Akten nichts ersichtlich. Friedeberg gab am 10.8.1939, kurz vor seiner Auswanderung an, dass die Forderung über RM 2.300.-- noch bestände.

Lebensversicherungen: Die Police bei der Allianz hatte im August 1939 einen Rückkaufswert von RM 4.320.-- und war mit RM 3.720.-- beliehen. Was aus dem Saldo geworden ist, lässt sich hier nicht ermitteln. Die holländische Versicherung ist mit Hfl. 223.38 ins Inland abgeliefert, der Reichsmarkgegenwert wurde einem Konto bei M.M. Warburg & Co. gutgebracht.

Für die Mitnahme gewisser Möbel und Photoutensilien sind RM 2.993.-- Degoabgabe festgesetzt worden. Die Zahlung ist von

der Dego best  
Zurückgelassen  
Anbei werden d  
Stücke enthalt  
aufzuklären,  
Stücke (1 Pla  
löst worden is  
Sachen sind an  
73 für RM 36.  
Bankkonto gut

Nach  
Finanzamt Ham  
zahlt, die an  
die Schmucksac  
hatten) nicht  
derung heute

In d  
richt erstatt  
bericht ist e  
Es hat sich i  
zahlt worden  
viseu.



9  
15

der Dego bestätigt worden. (s. weiter unten).

Zurückgelassene Schmucksachen etc.:

Anbei werden die Abschriften von drei Listen überreicht, die die Stücke enthalten, die im Inlande zurückgeblieben sind. Es ist nicht aufzuklären, was für die an das Städtische Leihamt Berlin gesandten Stücke (1 Platinhalskette, 1 grosser und 2 kleine Brillanten) erlöst worden ist. Die bei der Deutschen Bank Hamburg eingelieferten Sachen sind am 3. Juli 1940 von der Ankaufsstelle Bäckerbreitergang 73 für RM 36.-- verkauft worden. Die Beträge sind vermutlich dem Bankkonto gutgebracht worden.

Nach der Auswanderung des Ehepaares Friedeberg waren beim Finanzamt Hamburg, Rechtes Alsterufer noch RM 2.374.77 Steuern unbezahlt, die anscheinend mangels vorhandener Vermögenswerte (bis auf die Schmucksachen bei der Deutschen Bank, die RM 36.-- gebracht hatten) nicht eingetrieben werden könnten. Anscheinend ist die Forderung heute noch offen.

In dieser Sache ist bereits im November 1948 ein Kurzbericht erstattet worden, auf den Bezug genommen wird. In diesem Kurzbericht ist eine Degoabgabe von RM 1.991.-- und RM 2.993.-- genannt. Es hat sich jetzt herausgestellt, dass im ganzen RM 2.993.-- bezahlt worden sind, darunter \$ 95.-- = RM 233.22 in effektiven Devisen.

Im Auftrag

*Geulase*  
(Bentlage)



160  
14  
20

J. Hilcken, Juwelier, Hamburg.

Hamburg, den 21. April 1939

Paket Nr. 1B e s c h e i n i g u n g .

Die im Depot der Deutschen Bank befindlichen silbernen Bestecke von Herrn Sally Friedeberg, Hamburg, habe ich taxiert, verpackt und versiegelt.

2 Kompottlöffel	Mk.	5.--	40	80
1 Gemüselöffel	"	6.--		100
12 Fischessbestecke	"	54.--	100	1200
12 Dessertgabeln	"	24.--	40	960
11 Dessertmesser	"	11.80	20	220
4 Esslöffel	"	12.--	60	720
4 dito Gabeln	"	12.--	60	720
4 Essmesser	"	4.50	25	100
4 Kaffeelöffel	"	4.--	20	80
<hr/>				

Gewicht cr. 2.850 gr zus.

Mk. 133.30

 $\times 20 = 540.00$ 

Wert: Reichsmark (Einhundertdreißig 30/100)

2040  
+ 2740  
-----  
4780

in Firma:

J. Hilcken, Juwelier

Otto Hilcken  
Beeidigter Sachverständiger  
der Industrie- und Handelskammer  
Einzelhandelsabteilung Hamburg

nicht an  
Bl 123  
Bl 124



Hamburg 36, den 4. Juli 1939

Mitteilung für Herrn Sally Friedeberg, Hamburg 13, Haynstrasse 5.

1 Platinhalskette mit goldenem Anhängsel 2 3/4 g mit  
1 grossen und 2 kleinen Brillanten,  
die von Ihnen zum Ankauf abgeliefert wurde ist an das Städtische Leih-  
amt Berlin, Jägerstrasse 64 abgegeben worden. Abrechnung erfolgt von  
dort direkt mit Ihnen.

Öffentliche Ankaufsstelle  
Hamburg 15, Gothenstrasse 10.

gez. Unterschrift

Abschrift

Seite 79

Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg  
Verwaltung für wirtschaftliche Unternehmen  
und für Verkehrsangelegenheiten  
Öffentliche Ankaufsstelle.

Hamburg, den 4. Juli 1939

Nr. 980

Von Herrn Sally Friedeberg, 103  
Haynstrasse 5

sind zum Ankauf eingeliefert worden:

Silbersachen

- 6 Ess-, 40 g  
18 Mokkalöffel, 1 durchgebrochen  
1 Kuchenzange 10 g  
1 Flacon  
1 Notizblockdeckel  
1 Stück Bruch 480 g

Goldsachen

- 1 Brosche  
2 Ringe  
1 schadhafte Tuchnadel m. zus.  
6 Brillanten, Rosen und 1 Bläu-  
lichen Stein  
1 kurze goldene Uhrkette  
1 goldenes Uhrgehäuse 333  
1 Perlenhalskette  
1 schadhafte Armband Ankeruhr 14941  
1 Krayon

Der Schätzungswert beträgt: RM 160.--

abzüglich Verwaltungsgebühr 10 % RM 16.--

ausgezahlt sind: RM 144.--

In Worten Reichsmark: Einhundertvierundvierzig-----

Stadtoberinspektor

gez. Unterschrift



Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg  
Verwaltung für wirtschaftliche Unternehmen  
und für Verkehrsangelegenheiten  
Öffentliche Ankaufsstelle

Öffentliche Leihanstalt I  
Hamburg 36, Bäckerbreitergang 73

Nr. 2821

Von Herrn Sally Israel Friedeberg

Haynstrasse 5, Pens. Bandmann

ausgewiesen durch Kennkarte B 04678

sind zum Ankauf angeliefert worden:

16.10.1950

50 gr 1 Salatbestecke und

4 Vorlegegabeln mit silb. Heften

Der Schätzungswert beträgt: ..... RM 1.--

abzüglich Verwaltungsgebühr 10% ..... RM -.10

ausgezahlt sind: ..... RM -.90

In Worten Reichsmark: 0,90 RM

gez. <sup>AN</sup>Unterschrift  
Stadtoberinspektor

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Stadtoberinspektor I. A. Dr. Hans Hoff  
Verständl. Dr. Carl Müller, Vorsitz. Dr. h. c. Hans Fiedler  
Wilhelm Rüdiger, Ernst Meyer, Dr. Josef Meising, Dr. Walter Meisinger

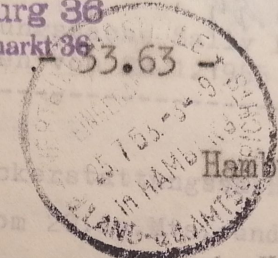


Magdalenenstr. 61 a

Sachgeb.: 413 Anl.: -

Hansestadt Hamburg  
Finanzbehörde  
Landesamt für Vermögenskontrolle  
Hamburg 36  
Gänsemarkt 36

Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg  
Hamburg 36  
Zivilkammer (Amdan)  
Zimmer 837 a



686

Hamburg, den 23. Juli 1953

IB 2 2660/41

An das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg  
H a m b u r g.

Akt.Zch.: -63/C-P-K-  
Betr.: Rückerstattungsantrag Sally Friedberg  
auf Rückgabe einer Briefmarkensammlung.  
Bezug: Ihr Schreiben vom 21.7.1953 - Z/15360 -

In Verwahrung der Finanzbehörde befindet sich für den obenbe-  
zeichneten Antragsteller  
eine Briefmarkensammlung, Schätzwert etwa DM 615.--.

Gegen die Herausgabe werden von mir keine Bedenken erhoben.  
Für Bonität und Verität wird keine Gewähr übernommen.

- 2) Durchschriften an:  
3 x Wiedergutmachungsamt, ✓  
- 33.63-  
- 33.633a -  
Akte -63/C-P-K-

Im Auftrage:  
*Lüders*  
( Lüders )



Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg

Aktenzeichen: Z 2391

Hamburg 36, den 29. August 1950  
Sievekingplatz Ziviljustizgeb. (Anbau)  
II. Stock, Zim. 740 — Telefon: 35 17 31

An die  
Hansestadt Hamburg -Finanzbehörde- Hamburg 36, Gänsemarkt 36

Nachfolgendes Schreiben ist für  
bestimmt. Es wird Ihnen als  
zugestellt. Ihre Befugnis für den — die Genannte — zu handeln, ist bereits nachge-  
wiesen — muß noch nachgewiesen werden.

1. Wegen des von Sally Friedberg u.a.  
als Rechtsnachfolger des — der  
vertreten durch R.A. Dr. Werner Malbeck, Hbg. 1, Mönckebergstr. 19, I.  
geltend gemachten Anspruchs wegen Entziehung des — der folgenden Vermögenswerte  
wird das förmliche Rückerstattungsverfahren eröffnet.

**Vermögensverfall, Judenabgabe etc. lt. beiliegenden  
Anmeldungen v. 11.12.48 und 22.8.49**

2. Der Anspruch wird Ihnen bekanntgegeben,
- a) weil Sie den — die beanspruchten Vermögenswert besitzen und darüber verfügen können, so daß Sie als Rückerstattungspflichtiger im Sinne des Art. II REG in Frage kommen,
  - b) weil Sie den — die beanspruchten Vermögenswert früher inne gehabt haben und deshalb gemäß Art. 25 REG möglicherweise verpflichtet sind, eine als Ersatz für den — die Vermögenswert erlangte Entschädigung herauszugeben oder eine Forderung darauf abzutreten,
  - c) weil Sie als —  
durch eine Rückerstattungsanordnung der beantragten Art in Ihren Rechten betroffen werden könnten.
  - d) gemäß Art. 53 Abs. 1 Satz 3 REG.

3. Falls Sie der Rückerstattung widersprechen oder ihr nur unter bestimmten Voraussetzungen zustimmen wollen, müssen Sie das binnen 2 Monaten nach Zustellung dieses Schreibens erklären. Eine solche Erklärung wäre in 3 facher Ausfertigung einzureichen. Auch wenn Sie sich schon früher geäußert haben, so ist die neuerliche Abgabe einer Erklärung nicht entbehrlich.

Falls innerhalb der vorbezeichneten 2-Monatsfrist keine solche Erklärung von Ihnen eingeht, kann das Wiedergutmachungsamt die tatsächlichen Behauptungen des Antragstellers als richtig ansehen und wird dementsprechend möglicherweise die beantragte Rückerstattung — Herausgabe des Ersatzes — anordnen.

gez. **Dr. v. Massow**  
Reg.-Rat

Beglaubigt:

*Salm*

Justizangestellter.





Gestapuliste 2 Hl. 28

Umgangsgut durch W. Wählberg für Pasing  
Pirchberg warzig.

der Kreis wurde am 10. 4. 42 im Jahre  
vom RM 63 198. 64 der Gestapo über

Diese

In c

shou

Reich

CLAIM

Antrag a

(a) Land

(a) Surname  
Familien

(c) Address  
Anschrift

(d) Date and  
Geburtsda

(f) Employed  
Beruf

(h) If



This Form should be completed in triplicate and forwarded to the Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone), Bad Nenndorf, Land Niedersachsen.  
 Dieser Vordruck ist in dreifacher Ausfertigung bei dem Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone) Bad Nenndorf, Land Niedersachsen, einzureichen.  
 In cases where the space provided is insufficient, a supplementary page, bearing the number of the paragraph and sub-paragraph, should be annexed.  
 Reicht der vorgesehene Raum nicht aus, so ist ein mit der Ziffer des betreffenden Absatzes und Unterabsatzes versehenes Ergänzungsblatt beizufügen.

# CLAIM FOR RESTITUTION OF PROPERTY WHICH HAS BEEN SUBJECT TO TRANSFER IN ACCORDANCE WITH PARAGRAPH I OF GENERAL ORDER No. 10

Antrag auf Rückerstattung von Vermögen, das unter Artikel I Absatz 1 der allgemeinen Verfügung Nr. 10 fällt.

## Location of Property / Örtliche Lage des Vermögens

Hamburg

(a) Land ..... (b) Kreis ..... (c) Gemeinde .....

## Description of Person making Claim / Personalien des Antragstellers

(a) Surname (in Block Capitals) **Friedeberg**  
 Familienname (in großen Blockbuchstaben) **und/oder Ehefrau Friedeberg**  
**Buenos Aires, Pino 3300**  
 (b) Christian Name(s) **Sally**  
 Vorname(n) **Adelheid geb. Pessel**  
 (c) Address **3.5.1887, Krausnick**  
 Anschrift **Ehefrau, 20.6.1894, Frankfurt/M**  
 (d) Date and Place of Birth **Bis zur Ausbürgerung**  
 Geburtsdatum und Geburtsort **Deutsche**  
 (e) Nationality **280339 Sally F.**  
 Staatsangehörigkeit **3014268 Adelheid F.**  
 (f) Employment **Republika Argentina**  
 Beruf **Gleichzeitig fuer den Sohn aus erster Ehe der Ehefrau**  
 (g) Identity Card No. **Zadik, Predy, geb. 3.2.1922 in Hamburg**  
 Ausweis-Nummer **war. Identity Card 2662992 Rep. Argentina**

## I. IMMOVABLE PROPERTY I. UNBEWEGLICHES VERMÖGEN

- (a) Description of Property.  
 Nähere Bezeichnung des Vermögens. Estimated value at date of deprivation.  
 Geschätzter Wert am Tage der Wegnahme.
- (b) Location of Property  
 Örtliche Lage des Vermögens
- (c) Registration in Grundbuch or other Register  
 Eintragung im Grundbuch oder einem anderen Register
- (d) State whether :—  
 Angaben über Folgendes :
- (i) Confiscation was made without payment ?  
 Ist auf Grund der Wegnahme Entschädigung geleistet ?
- (ii) Sold under duress ?  
 Fand der Verkauf unter Nötigung statt ?
- (iii) If the latter, what payment was made ?  
 Welche Gegenleistung wurde im letzteren Fall gewährt ?
- Name and present address of person to whom transfer was made (if known)  
 Name und jetzige Anschrift der Person, auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)
- Name and present address of present owner (if known, and different from (e)).  
 Name und jetzige Anschrift des heutigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (e))
- Any other relevant details  
 Sonstige sachdienliche Angaben



## II. MOVABLE PROPERTY / BEWEGLICHES VERMÖGEN

Estimated value at date of deprivation  
Geschätzter Wert am Tage der Wegnahme

(a) Description of Property  
Nähere Bezeichnung des Vermögens

Anlagen I, II und III

5,161 Dollar USA  
2.000 holländische Gulden  
1.588 Pesos uruguayos  
136.698 Reichs Mark

(b) Location of Property  
Örtliche Lage des Vermögens

Hamburg

Pos. 22 Berlin

(c) Registration (if any)  
Etwaige Eintragung in ein öffentliches Buch oder Register

Devisenstelle in Hamburg unter Fn3 und F 33  
Finanzamt in Hamburg, Rechte Alsterufer unter P 147/262

(d) State whether :—  
Angaben über Folgendes :

(i) Confiscation was made without payment ?  
Ist auf Grund der Wegnahme Entschädigung geleistet ?

Pos. 1	RM 7.450
" 6	" ca. 100
" 7	" 301,03
" 22	bereits abgezogen

(ii) Sold under duress ?  
Fand der Verkauf unter Nötigung statt ?

ja  
Pos. 2 wegen Kuriosität

(iii) If the latter, what payment was made ?  
Welche Gegenleistung wurde im letzteren Fall gewährt ?

Siehe unter i

(e) Name and present address of person or persons to whom transfer was made (if known)  
Name und jetzige Anschrift der Person(en), auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)

Finanzamt Rechtes Alsterufer Hamburg  
Devisenstelle in Hamburg, Allianz u. Stuttgarter Lebensversicherungsbank Linkstr.  
Berlin

(f) Name and present address of present owner (if known and different from (e))  
Name und jetzige Anschrift des heutigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (e))

./.

(g) Name and present address of person or persons who may have knowledge of the present whereabouts of property  
Name und jetzige Anschrift von Personen, die von dem Verbleib des Vermögens Kenntnis haben können

(h) Any other relevant details  
Sonstige sachdienliche Angaben

Da unser Umzugsgut versteigert wurde, musste eine amtliche Stelle in Hamburg  
wer die Ersteigerer gewesen sind.

NOTE. In the case of a claimant resident outside Germany, give full particulars of the person inside Germany to be nominated to accept service of legal papers and notices on his behalf (if no such person is nominated by the claimant an Agent will be appointed by the Restitution Authority on his behalf).

Bemerkung :

Falls der Antragsteller im Ausland wohnt, genaue Bezeichnung eines in Deutschland lebenden Vertreters, der ermächtigt ist, für ihn amtliche Papiere und Mitteilungen in Empfang zu nehmen. (Wird vom Antragsteller kein Vertreter benannt, so bestellt die Wiedergutmachungsbehörde einen solchen.)

Hans F.W. Niemann, Hamburg 1, Schopenstehl 15  
Hamburg 1

I/We certify that the above statement is true according to my/our knowledge and belief.  
Obige Angaben entsprechen nach meinem/unserem besten Wissen und Gewissen den Tatsachen.

Signed  
Unterschrift

gez. Unterschriften

Date  
Datum

11.12.1948

YSS/1943/200 M/9-48

Sally Fried  
Pino 3300  
Buenos Aires

a) Der Oberf  
Zwangsweg  
Schadense  
wanderung  
bruch des  
bestand, U

Pos. 1) Dolla

Pos. 2) Bezahl  
fuer i  
Erledi  
entsta

Pos. 3) Bei M.

Pos. 4) Kabelsp

Pos. 5) Unberec  
zur end  
Da ich  
de diese  
Auflage  
ganzen l  
Quittung  
Meinen A  
Auslande  
loo, Dolla

Pos. 6) Zwangsabg

Pos. 7) Von der D  
Lebensver  
von dieser  
unmuendige  
war. Polic  
Verzekerin  
Lingner is

Pos. 8) Verstatung  
F. Schmidtk  
Dr. Samson  
Dr. Manfred

Pos. 9) Totalverlust  
von der Gest

Pos. 10) Keim, Kraut  
diesen Umzug



Sally Friedeberg  
Pino 3300  
Buenos Aires

Anlage Nr. I

## II Movable Propertz

a) Der Oberfinanzpraesident Hamburg (Devisenstelle). Akten F3 & F 33

Zwangswegnahmen und daraus entstandene Unkosten. Erlittene Totalverluste und Schadensersatzansprueche an die Devisenstelle, durch deren Schuld unsere Auswanderung um neun Monate verzoeigert wurde, so dass diese erst drei Tage vor Ausbruch des Krieges, um 28.8.1939 stattfinden konnte, wo keine Moeglichkeit mehr bestand, Umzugsgut zu verladen etc.etc.

Pos. 1) Dollarabgabe ueberwiesen durch die Fa. M. Warburg & Co in Hamburg 3.000,- USA \$

Pos. 2) Bezahlte Zinsen und Spesen zur Aufnahme eines Kredites hierfuer in Guatemala, ferner Anwaltskosten in Guatemala zur Erledigung der mit der Deutschen Gesandtschaft in Guatemala entstandenen Differenzen

543,50 USA

Pos. 3) Bei M. Warburg & Co entstandene Kosten

89,12 RM

Pos. 4) Kabelspesen nach New York & Guatemala

215,45 RM

Pos. 5) Unberechtigte weitere Zwangsabgabe an die Dev. Stelle zur endgueltigen Ausreise Genehmigung von 3.333.33 RM. Da ich am 25.8.1939 ueber kein Geld mehr verfuegte, wurde dieser Betrag von Herrn Dr. Philip zusammen mit seiner Auflage und der Auflage fuer Fr. Lydia Zadik im ganzen 10.000 RM an die Golddiskontbank enbezahlt und Quittung Herrn Jahnocke von der Dev. Stelle ueberreicht. Meinen Anteil fuer meine Familie musste ich dann im Auslande zurueck zahlen zum Kurse von 250 RM fuer 100, Dollar

1.333,- USA

Pos. 6) Zwangsabgabe von Schmuck & Silbergegenstaenden

8.000,- RM

Pos. 7) Von der Dev. Stelle geforderter Zwangsverkauf einer Lebensversicherung auf den Namen Achim R. Lingner, von diesem abgetreten an meine Frau und deren damals unmuendigen Sohn Fredy Zadik, fuer den ich Vormund war. Police Nr. 86,706 der N.V. Rotterdamschen Verzekering Societeiten (R.V.S.) in Rotterdam. Herr Lingner ist im Jahre 1939 oder 1940 verstorben

2.000,- hfl.

Pos. 8) Versteuungsgebuehren vor der Devisenstelle:

F. Schmidtkunz in Hamburg

800,- RM

Dr. Samson in Amsterdam

40,- USA

Dr. Manfred Zadik in Nordamerika

50,- USA

Pos. 9) Totalverlust unseres Umzugsgutes von 7.208 kg, das von der Gestapo in Hamburg versteigert wurde

180.000,- RM

Pos. 10) Keim, Krauth & Co in Hamburg: Speditionskosten fuer diesen Umzugsgut

3.651,- RM

11.12.1948



## Anlage II

## II Movable Property

- Pos. 11) Schadensersatzansprüche an die Dev. Stelle wegen Verzögerung von 9 Monaten unserer Ausreise, während welcher Zeit es keine Verdienstmöglichkeit gab. 1.200 RM p Monat 10.800,- RM
- Pos. 12) Schadensersatzansprüche an die Devisenstelle fuer Zinszahlungen des in Montevideo (Uruguay) gestellten Einwanderungsdepots von 5.000,- Pesos uruguayos, dessen Betrag ich mir leihen musste. Diese Depot wurde erst nach 2 Jahren zurueck gezahlt. Haette ich zur von mir beantragten Zeit die Ausreise bekommen, waeren die Bedingungen guenstiger gewesen u.z. Depotstellung 2.500 Pesos und Zurueckzahlung sofort nach der Einwanderung 1.588 Pesos urug.
- Pos. 13) DurchKriegsausbruch verzogerte Auswanderung- wurde weder Bordgeld noch Trinkgelder, die beim Franz. Verkehrsbuero in Berlin eingezahlt wurden, ausbezahlt. Dadurch entstandene Unkosten auf der Schiffsreise fuer 4 Personen 100 U\$A
- Pos. 14) Abgabe an die Dev. Stelle fuer Neuanschaffungen V 2.993 RM V
- Pos. 15) Abgabe fuer Mitnahme eines fotogr. Apparates zur Berufsausfuehrung von Ferdy Zadik, den w r durch Verlust der Lifts nicht bekommen haben. V 95. U\$A
- Post.--- Die ungeheueren Schaeden, durch unverantwortliches Vorgehen seitens der Devisenstelle in Hamburg, veranlassen uns auch noch die folgenden Postitionen 16 & 17 als teilweise Wiedergutmachung von ihr zu verlangen. Der Verlust des Umzugsgutes hinderte uns am Aufbau einer Existenz durch Eroeffnung einer Pension
- Pos. 16) Konsulatsgebuehren 206. RM
- Post. 17) Passagen und Fahrgelder Hamburg - Le Havre - Montevideo V 3.335,55 RM



Abschrift

Sally Friedeberg  
Pino 3300  
Buenos Aires

Buenos Aires, 22. August 1949

An das  
Zentralamt für Vermögensverwaltung  
Bad Nenndorf

Antrag C/3524

Wir erlauben uns, folgenden Zusatzantrag für Wiedergutmachung zu stellen:

II Movable Property

Pos. 23)	Fotografische Ausrüstung (2.000.)	2.000.-- RM
" 24)	Verdrängungsschäden vom 10.11.38 bis zum Ausreisetag 28.8.39 gleich 8 2/3 Monate à 2.000 RM evtl. weitere über die Auswanderung hinaus	17.333.-- "
" 25)	Zinsvergütungen über folgende Kapital- beträge vom 1.7.39 zu 6% p.Jahr	
Pos. 1, 2, 5, 8, 13, 15		8.161 US \$
" 12		1.588 Urug.Pesos
" 3, 4, 6, 8, 10, 11, 14, 16		
" 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24,	76.031.- RM	
" 7		2.000 holl.Gulden

Demzufolge ändert sich der geschätzte Wert am Tage der Wegnahme:

156.031 RM	6% Zinsen für (lt.Pos.25)
2.000 Hfl	2.000 hfl.
1.588 Pes/urug.	1.588 Pes/urug.
5.161 USA Dollars	5.161 USA Dollars
	76.031 RM

80 USA \$ Zinsen sind abzuziehen, da sie bereits in der  
Pos. 2 einbegriffen sind.

gez. Sally Friedeberg,      gez. Adelheid Friedeberg, gez. Fredy Zadik



Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und  
Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben

An das

Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamb.HAMBURGBetr.: Rückerstattungsache Sally Frieleberg u.a.Begr.: dort. Schreiben v. 29.8.50 Akt.-Zeich. Z 2391Anlagen 2

Zu dem Antrag gemäß Besungsschreiben nehme ich wie folgt  
Stellung:

Zu Pos. 1Transfer

Die dem Antragsteller durch den Transfer (Pos. 1) entstandenen  
Verluste habe ich nicht zu vertreten, da der Transferverlust  
bei der Deutschen Geldkassentbank in Berlin eintrat. Ich bitte  
den Anspruch wegen örtlicher Unzuständigkeit, hilfsweise wegen  
mangelnder Prozessführungsbefugnis, hilfsweise wegen Unschlüssig-  
keit, - denn Transferverluste fallen nicht unter das AG, -  
zurückzuweisen.

Zu Pos. 5

Die unter Pos. 5 erwähnte Zwangsabgabe ist weder von mir  
veranlaßt noch erhoben worden.

Der unter dieser Pos. erwähnte Betrag ist mir/nicht überwiesen,  
auch  
worden, sondern an die Deutsche Geldkassentbank abgeführt  
worden.

Ich bin mit der Angelegenheit nicht befaßt gewesen und bitte  
daher, den Antrag wegen mangelnder Prozessführungsbefugnis,  
hilfsweise wegen Unschlüssigkeit zurückzuweisen.

Zu Pos. 7

Laut Mitteilung der Devisenstelle vom 29.9.1950 ist die im  
Antrag erwähnte holländische Versicherung mit hfl. 227,30  
ins Inland abgeliefert worden, der Reichsaufwert wurde einem  
Konto bei H.E. Warburg & Co. gutgebracht. gegen

Mir ist dieser Betrag nicht zugeflossen, ich bin auch mit  
der Angelegenheit nicht befaßt gewesen und bitte daher, den  
Anspruch wegen mangelnder Prozessführungsbefugnis, hilfsweise  
wegen Unschlüssigkeit zurückzuweisen.



Zu Pos. 2

Das in Antrag erwähnte Unzugesagt ist auf Veranlassung der Bank von dem Versteigerer H. Wehling versteigert worden, der seine in Höhe von RM 63.198,61 am 10.4.1942 der Gestapo überreichte. Über den weiteren Verbleib dieses Betrages ist mir nichts bekannt. In den hier vorliegenden unvollständigen Kassenschriften ist dieser Betrag nicht festzustellen.

Ich bin mit der Angelegenheit nicht befaßt gewesen und kann mich für Maßnahmen der Gestapo in Anspruch genommen werden.

Ich vertritt das Deutsche Reich nicht schlechthin, sondern nur in den Fällen, in denen innerhalb meines Bezirkes im Auftrage der Reichsfinanzverwaltung das Vermögen verfolgter Personen einzieht.

Ich bitte daher, den Antrag wegen mangelnder Prozeßführungsbefugnis, hilfsweise wegen Unschlüssigkeit zurückzuweisen.

Zu Pos. 5

Schmuck- u. Silbergeschenke

Wertsachen dieser Art waren nach § 1 der 3. Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung von Judenvermögen von 21.3.1941 (RGBl. 39 S. 282) von allen Juden an hierfür besonders eingerichtete öffentliche Ankaufstellen abzuliefern.

Die erzielten Ankauf- bzw. Versteigerungserlöse wurden von den früheren Reichswirtschaftsminister unterstehenden zentralen Reichsdienststelle in Berlin den Konten der abgabepflichtigen Personen zugeführt.

Ich bin mit der Angelegenheit nicht befaßt gewesen und bitte, den Antrag wegen mangelnder Prozeßführungsbefugnis zurückzuweisen.

Zu Pos. 14 und 15

Begabgabe

Die für die Mitnahme von Unzugesagt in das Ausland geleistete Abgabe wurde von mir nicht erhoben, sondern an die Deutsche Goldkassentbank in Berlin gezahlt. Weder die Finanzbehörde noch meine Behörde vermögen deshalb einer Rück erstattung zu entsprechen. Ich bitte daher, den Anspruch wegen örtlicher Unzuständigkeit, hilfsweise wegen mangelnder Prozeßführungsbefugnis, hilfsweise wegen Unschlüssigkeit, - dem die Begabgabe fall nicht unter das REG, - zurückzuweisen.

Zu Pos. 18 und 19

Judenvermögensabgabe, Reichsfluchtsteuer

Laut Mitteilung des Finanzamts Hamburg-Rechtes Alsterufer von 28.9.50 sind die Antragsteller zu einer Judenvermögensabgabe in Höhe von 9.000,- RM veranlagt worden.

Ob dieser Betrag und eine Reichsfluchtsteuer entrichtet wurde kann nicht festgestellt werden, da Unterlagen hierüber nicht vorhanden sind.

Selbst wenn man die in der Anlage III erwähnten Beträge als

richtig unterstellen würde aus folgenden Gründen nicht. Diese Beträge sind bereits Finanzamt mit anderen Einnahmen an die frühere Reichshauptstadt verwendet worden, ihrer Entziehung noch he Sinn von Art. 1 REG war. Ich bitte daher, den Antrag

Zu Pos. 17

Passagegelder

Die in der Anlage geltend gemachten Passagegelder sind zugewiesen.

Ich war hierbei weder Erwerber der Angelegenheit noch mangelnder Prozeßführungsbefugnis.

Zu Pos. 22

Lebensversicherung

Die in der Anlage III erwähnte Lebensversicherung A 116.875) mit 4.320,- RM und war mit RM 600,- RM) geworden ist,

Mir ist der Saldo nicht zufließen.

Ich bin mit der Angelegenheit nicht befaßt gewesen und bitte, den Anspruch wegen mangelnder Prozeßführungsbefugnis, hilfsweise wegen Unschlüssigkeit zurückzuweisen.

Zu Pos. 21

Zuviel bezahlte Einkommensteuer

Der in der Anlage III geltend gemachte Anspruch im Sinne der REG und kann REG geltend gemacht werden. Ich bitte daher, den Anspruch

Zu Pos. 20

Der in der Anlage III geltend gemachte Anspruch auf das REG geltend gemacht werden. Eine Behandlung dieses Anspregung vorbehalten bleibt. Ich bitte daher, den Anspruch



112  
23

richtig unterstellen würde, wäre eine Rückerstattung derselben aus folgenden Gründen nicht möglich.

Diese Beträge sind bereits bei ihrer Einzahlung bei dem zuständigen Finanzamt mit anderen Einnahmen vermischt und nach ihrer Ablieferung an die frühere Reichshauptkasse zur Bestreitung von Haushaltsausgaben verwendet worden, so daß diese Beträge weder im Zeitpunkt ihrer Entziehung noch heute feststellbare Vermögensgegenstände im Sinne von Art.1 REG waren bzw. sind.

Ich bitte daher, den Anspruch wegen Unschlüssigkeit zurückzuweisen.

Zu Pos. 17

Passagegelder

Die in der Anlage geltend gemachten Passagegelder sind mir nicht zugeflossen.

Ich war hierbei weder Erwerber noch Entzieher und bitte, da ich mit der Angelegenheit nicht befaßt gewesen bin, den Anspruch wegen mangelnder Prozeßführungsbefugnis zurückzuweisen.

Zu Pos. 22

Lebensversicherung

Die in der Anlage III erwähnte Lebensversicherung (Allianz Lebensversicherung A 116.875) hatte im August 1939 einen Rückkaufswert von 4.320,- RM und war mit RM 3.720,- beliehen. Was aus dem Saldo (600,- RM) geworden ist, läßt sich nicht feststellen.

Mir ist der Saldo nicht überwiesen worden.

Ich bin mit der Angelegenheit nicht befaßt gewesen und bitte, den Anspruch wegen mangelnder Prozeßführungsbefugnis, hilfsweise wegen Unschlüssigkeit zurückzuweisen.

Zu Pos. 21

Zuviel bezahlte Einkommensteuer

Der in der Anlage III geltend gemachte Anspruch ist kein Anspruch im Sinne der REG und kann deshalb auch nicht unter Berufung auf das REG geltend gemacht werden.

Ich bitte daher, den Anspruch zurückzuweisen.

Zu Pos. 20

Der in der Anlage III geltend gemachte Anspruch kann nicht unter Berufung auf das REG geltend gemacht werden.

Eine Behandlung dieses Anspruchs muß einer evtl. späteren Schadensregelung vorbehalten bleiben.

Ich bitte daher, den Anspruch zurückzuweisen.



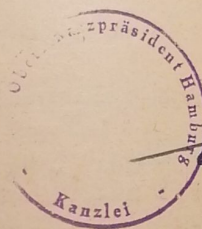
Zu Pos. 2, 3, 4, 8, 10, 11, 12, 13 und 16

Diese Ansprüche können nicht unter Berufung auf das REG geltend gemacht werden. Eine Behandlung dieser Ansprüche muß einer evtl. späteren Schadensregelung vorbehalten bleiben.

Ich bitte daher, den Anspruch zurückzuweisen.

Im Auftrag

gez. Dr. Holdeigel



Beglaubigt

Zollinspektorat

Oberfinanzdirektion  
Hamburg

- 0 5210  
55205 -

F 229

Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg

II/Z. 2391

Aktenzeichen: Bitte bei allen Eingaben angeben

An die  
Oberfinanzdirektion  
Hamburg 11  
Rödingsmarkt 83

Betr.: Rückerst

Bezug: Dort, Akt

In obiger  
tene Rech  
geltend



Oberfinanzdirektion Hamburg  
O 5210 - F 229 - V 115 d

und gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag u. Gegenstand  
dieses Schreibens in der Antwort anzugeben!

Hamburg 11, 13. Oktober 1951  
Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

An das  
Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg  
H a m b u r g

Betrifft: Rückerstattungssache Sally Friedberg u.a.

Bezug: Dort. Schreiben vom 28.9. 51 Az. II/Z - 2391

Anlagen: 2

Zu dem Bezugsschreiben nehme ich wie folgt Stellung:

Zu 1,5,14,15 der Anlage I - II zum Antrag v. 29.8.1950

Die Bank Brinckmann, Wirtz & Co. hat mitgeteilt, daß lediglich für Adelheid F. ein Kleinkonto geführt wurde, ein Depot jedoch nicht bestand.

Abgesehen davon, sind Transferaktionen und Deagoaben durch die Deutsche Golddiskontbank durchgeführt worden, die ein Tochterinstitut der Deutschen Reichsbank mit eigener Rechtsfähigkeit war. Die Passivlegitimation des Deutschen Reiches ist daher zweifelhaft.

Auch aus diesem Grunde wird um Zurückweisung gebeten.

Zu 2,3,4,8,11,12,13,16,17

Die zu diesen Punkten geltend gemachten Schadensersatzforderungen stellen keine Rückerstattungsansprüche im Sinne des REG dar.

Es handelt sich evtl. um Forderungen, die nach einem späteren Entschädigungsgesetz Berücksichtigung finden könnten.

Ich bitte um Zurückweisung der Ansprüche.

Zu 6 Silber und Schmuck

Nach den hier vorliegenden Unterlagen sind vom Berechtigten selbst abgeliefert: Am 4.6.1939 Erlös 160,-- RM. 4.7.51  
ohne Datum " 1,-- "

Von der Deutschen Bank im  
Juli 1940 " 36,-- "

Die von der Bank abgelieferten Gegenstände sind vom Juwelier J. Hilcken, Hamburg, auf 133,50 RM geschätzt worden.

Außerdem wurden an das Städt. Leihamt in Berlin abgegeben:

1 Platinhalskette mit goldenem Anhängsel 2 3/4 g mit 1 gr. und  
2 kl. Brillanten.

Der Erlös hierfür ist nicht mehr feststellbar.

Vom Berechtigten ist der Wert summarisch auf 8000,-- RM angegeben.

Es wird gebeten, zu dieser Angabe eine Liste mit Wertangaben einzureichen, da ein Vergleich und weitere Stellungnahme nicht möglich ist. Vorsorglich bitte ich um Zurückweisung.

Zu 7 Lebensversicherung (Holland)

Nach einem Vermerk aus dem Devisenbericht ist die Holländ. Versicherung mit 223,38 hfl im Inland abgeliefert, der Reichsmarkwert wurde einem Konto bei M.M. Warburg & Co gutgebracht. Wahrscheinlich ist das Konto später auf die Deutsche Bank übertragen worden.

Hier ist es vermutlich für Überweisungszwecke aufgebraucht worden.



Es wird aber nochmals Rückfrage bei der Bank gehalten werden.  
Im übrigen ist die Frage der Aktivlegitimierung zu klären, der Antrag lautet auf Sally Fr. u.a., es ist also fraglich, ob darunter auch die Ehefrau und deren Sohn, an die die Versicherung abgetreten war, einbegriffen sind.

Vorsorglich bitte ich um Zurückweisung.

Zu 9 und 10 Umzugsgut und Transportkosten.

Wie ich feststellen konnte, hat der Auktionator Wehling den Hausstand des Berechtigten versteigert und am 10.4.1942 - 63.198,61 RM an die Gestapo überwiesen.  
Der Berechtigte hat seine Forderung auf 80.000,- RM beziffert.

Ich bin mit folgendem Beschluß einverstanden:

"Es wird festgestellt, daß

- a) der Antragsgegner verpflichtet ist, dem Antragsteller wegen Entziehung von Vermögenswerten - wie unten angegeben - Schadensersatz gemäß Art. 26 Abs. 2 REG zu leisten,
- b) der Schaden wie weiter unten angegeben zu beziffern ist,
- c) der Schaden an dem ebenfalls unten angegebenen Tage eingetreten ist.

- a) Hausstand
- b) 80.000,- RM
- c) 10.4.1942

Der Berechtigte ist verpflichtet, seine Ansprüche gegen die Besitzer der entzogenen Gegenstände an das Deutsche Reich abzutreten.

Mit dieser Abtretung soll lediglich der berechtigte Zweck verfolgt werden, Doppelerstattungen an den Antragsteller und Regreßansprüche der Besitzer gegen das Deutsche Reich zu vermeiden. Diese können entstehen, wenn die Antragsteller neben der Feststellung der Schadensersatzansprüche gegen das Deutsche Reich als unmittelbaren Entzieher auch noch Ansprüche auf Naturalherausgabe gegen die Besitzer der entzogenen Gegenstände geltend machen würde.

Die Speditionskosten mit 3651,- RM sind kein Rückerstattungsanspruch im Sinne des REG, da es am Entziehungstatbestand fehlt.

Insoweit bitte ich um Zurückweisung.

Zu 18 und 19 Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe.

Nach der Mitteilung des Finanzamts Hamburg-Rechtes Alsterufer vom 28.9.1950 ist über eine Reichsfluchtsteuer kein Vorgang mehr vorhanden.

Die Judenvermögensabgabe wurde für die Eheleute und Kind auf 9000,- RM festgesetzt; ob dieser Betrag entrichtet wurde, kann nicht mehr festgestellt werden.

Der Berechtigte wird daher gebeten, zu beiden Ansprüchen nähere Angaben zu machen (Bankauskunft usw.)  
Vorsorglich bitte ich um Zurückweisung.

Die Nordd. Bank besitzt über die Abgaben keine Unterlagen. Lediglich aus dem Devisenbericht geht hervor, daß beim Finanzamt Hamburg-Rechtes Alsterufer nach der Auswanderung des Ehepaares Fr. noch 2374,77 RM Steuern unbezahlt waren, die mangels vorhandenen Vermögenswerte nicht eingetrieben werden konnten.

Zu 20 und 21 Steuermehrzahlungen

Ich bitte hierzu nähere Ausführungen (Angabe des Finanzamts, Steuer Nr. usw.) zu machen, da ohne diese Angaben eine Stellungnahme nicht möglich sein wird.  
Vorsorglich bitte ich auch hier um Zurückweisung.

Zu 22 Lebe  
Nach Mitteil  
der Lebensv  
festgestell  
Nach dem De  
kaufswert  
den Verble  
kannt gewo  
des Berechn  
weisungen  
Ich bitte



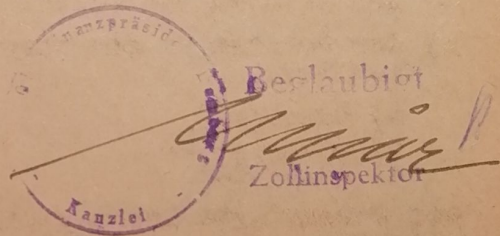
Zu 22 Lebensversicherung (Allianz)

Nach Mitteilung der Allianz-Lebensvers. A.G. können bezgl. der Lebensversicherung des Berechtigten keine Unterlagen mehr festgestellt werden.

Nach dem Devisenbericht hatte die Versicherung 1939 einen Rückkaufswert von 4320,-- RM und war mit 3720,-- RM beliehen. Über den Verbleib des Rückkaufswerts von 600,-- RM ist nichts bekannt geworden. Es wird vermutet, daß der Betrag auf dem Konto des Berechtigten bei der Bank eingezahlt wurde und bei Überweisungen für verschiedene Zwecke aufgebraucht wurde.

Ich bitte um Zurückweisung.

Im Auftrag  
gez. Rebeling

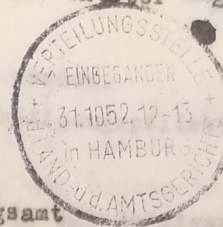




Werner Melbeck  
Rechtsanwalt  
HAMBURG 36  
Münsterstraße 30

# Abschrift

26. Oktober 2



An das

Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht in  
H a m b u r g

II (III) Z. 2391 -

In der Rückerstattungssache

Sally und Adelheid F r i e d e b e r g

kann erst jetzt nach weiterer zwischenzeitlicher Korrespondenz und Nachfor-  
schungen Stellung genommen werden:

I. Da die Anmeldung für die Familie Friedeberg und Herrn Fredy Zadik insge-  
samt vorgenommen wurde, erscheint es angebracht, eine Aufteilung vorzu-  
nehmen.

Position	Betrag	für Familie Friedeberg	für Fredy Zadik
1	3.000.-- USA	1.875.-- USA	1.125.-- USA
2	543.50 USA	339.50 USA	204.-- USA
3	89.12 RM	89.12 RM	---
4	215.45 RM	215.45 RM	---
5	1.333.-- USA	833.-- USA	500.-- USA
6	8.000.-- RM	8.000.-- RM	---
7	2.000.-- hfl	1.250.-- hfl	750.-- hfl
8	266.-- RM	266.-- RM	---
8	90.-- USA	56.-- USA	34.-- USA
9	30.000.-- RM	70.000.-- RM	10.000.-- RM
10	3.651.-- RM	3.651.-- RM	---
11	10.800.-- RM	8.800.-- RM	2.000.-- RM
12	1.588.-- Urug.	993.-- Urug.	595.-- Uruguayes
13	100.-- USA	62.-- USA	38.-- USA
14	2.993.-- RM	2.993.-- RM	---
15	95.-- USA	95.-- USA	---
16	206.-- RM	206.-- RM	---
17	3.335.55 RM	2.502.55 RM	833.-- RM
18	10.279.-- RM	7.319.-- RM	2.960.-- RM
19	9.090.-- RM	6.868.-- RM	2.222.-- RM
20	5.622.-- RM	5.622.-- RM	---
21	405.-- RM	405.-- RM	---
22	3.067.-- RM	3.067.-- RM	---
23	2.000.-- RM	-----	2.000.-- RM

Position 8 muss nicht RM 800.- wie angemeldet, sondern RM 266.- heissen.

~~24 Verdrängungsschäden können erst nach Erscheinen des Wiedergut-~~  
~~machungsgesetzes aufgegeben werden.~~

~~25 Zinsvergütungen für alle Beträge ab 1.7.1939 gemäss Vorschriften~~  
~~des Wiedergutmachungsgesetzes.~~



120

46

- II. Über die Positionen 1,5,14 und 15 möge entschieden werden.  
Zur Position 1 hat das Oberlandesgericht die Entschädigungspflicht anerkannt.
- III. Zu den Positionen 2,3,4,8,11,12,13,16 und 17 möge die Entschädigungspflicht festgestellt werden.
- IV. Zu Position 6, Silber und Schmuck ist folgendes zu sagen:
- a) Es ist richtig, dass die von der deutschen Bank abgelieferten Silbersachen einen Taxwert von RM 133.30 hatten. Diese Taxe ist aber viel zu niedrig. Bei den abgelieferten Sachen handelt es sich um
- 1 Gemüselöffel
  - 2 Kompottlöffel
  - 12 Fischmesser
  - 12 Fischgabeln
  - 11 Frühstücksmesser
  - 12 Frühstücksgabeln
  - 4 Messer
  - 4 Gabeln
  - 4 Esslöffel
  - 4 Teelöffel.

Beweis: Empfangsbekenntnis der Deutschen Bank, Filiale Hamburg, datiert

Originalanlage 1.

Die Taxe des Sachverständigen H i l c k e n wird in der

Originalanlage 2

überreicht. Ihr Inhalt lässt ganz offensichtlich die zu niedrige Bewertung erkennen.

b) Die Platinkette mit goldenem Anhängsel sowie 1 grossen und 2 kleinen Brillanten ist vor der Ablieferung auf RM 3.940.- geschätzt worden. Aus der Tatsache, dass die Kette, welche in Hamburg abgeliefert wurde, von der Behörde dem städtischen Leihamt in Berlin zur Veräusserung übergeben wurde, ergibt sich schon ihr besonderer Wert, da andernfalls auch eine Veräusserung in Hamburg ohne weiteres möglich gewesen wäre.

c) Abgesehen von einigen Silber- und Goldsachen, deren Aufzählung zufolge der verstrichenen Zeitspanne nicht mehr möglich ist, sind abgeliefert worden:

- |                             |                                   |
|-----------------------------|-----------------------------------|
| 6 Esslöffel                 | 1 Damenuhr (Silber oder Gold)     |
| 12 Moccälöffel              | 1 Kette mit kleinen Perlen        |
| 6 Moccälöffel               | 1 Halskette mit Brillanten        |
| 1 Kuchenzange               | 1 Stabbroche mit Brillanten       |
| 1 Flacon                    | 1 Cravattennadel mit 2 Brillanten |
| 1 silb. Notizblocklöffel    | & einem Safir & kleinen Rosen     |
| 1 kleineren silb. "         | 1 goldenen Siegelring             |
| 1 gold. Herrenuhr ohne Werk | 1 Ring m. 3 kleinen Brillanten    |
| 1 gold. Chatelaine          | 1 goldenen Fallstift              |



1711  
447

Der Antragsteller erhielt nach seiner Erinnerung für die vorstehend aufgezählten Sachen etwas über RM 100.--. Die Quittung musste er an die Devisenstelle abgeben. Es kann sein, dass der von der Finanzdirektion genannte Betrag von RM 180.- richtig ist.

Der Gesamtwert des Schmuckes, der dem Antragsteller entzogen wurde, hat nach einer früheren Taxe, die jetzt nicht mehr vorgelegt werden kann, RM 8.000.- betragen.

- V. Zu Position 7: Das Vorbringen des Antragsgegners in seinem Schriftsatz vom 13. Oktober 1951 wird bestritten. Selbst wenn es aber richtig sein sollte, so wird zu beachten sein, dass es sich um einen Zwangsverkauf handelte und der Wert der Lebensversicherung viel höher war.
- VI. Position 9: Die Forderung ist vom Antragsgegner anerkannt worden. Möge seine Ersatzpflicht entsprechend seiner Formulierung festgestellt werden. Position 10: Wenn die Auswanderungsformalitäten von den Behörden, insbesondere von der Devisenstelle ordnungsgemäss bearbeitet worden wären, hätte der Antragsteller seinen Hausrat rechtzeitig überführen können und wären die von ihm aufgewendeten Transportkosten nicht vergeblich gewesen. Der Antragsgegner ist daher zum Ersatz des Schadens verpflichtet.
- VII. Die Judenvermögensabgabe ist zur Höhe von RM 9.500.- gezahlt worden. Ich überreiche als

Originalanlage 3

ein Schreiben des Rechtsanwalts und Notars Dr. Frh. v. Lüdinghausen vom 16. Mai 1939, aus dem sich ergibt, dass RM 9.000.- Judenvermögensabgabe zuzüglich Stummniszuschläge gezahlt wurden. Der übersteigende Betrag ist gleichfalls beglichen worden, jedoch kann der Nachweis heute nicht mehr geführt werden.

Auch die Reichsfluchtsteuer zur Höhe von RM 10.279.- ist gezahlt worden. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, dass ohne diese Zahlung die Antragsteller nicht hätten auswandern können. Sie mussten ihre Pässe beim Finanzamt abliefern und haben sie erst am Abend vor der Ausreise nach Zahlung sämtlicher Eink. Steuern und Abgaben erhalten.

Das gleiche gilt bezüglich der Positionen 20 und 21. Den Antragstellern kann der Beweis für die Zahlung dieser Beträge nicht auferlegt werden. Der Antragsgegner ist in der Lage, aus seinen Akten die erforderlichen Feststellungen zu treffen. Er ist also näher am Beweise als die Antragsteller.



122  
48

VIII. Der Antragsteller Fredy Zadik ist von Beruf Fotograf und hatte die Schule für Foto und Optik in Berlin absolviert. Sein Antrag, ihm die Mitnahme der fotografischen Ausrüstung, die er zur Ausübung seines Berufes benötigte, zu gestatten, wurde zurückgewiesen. Ich überreiche als

Originalanlage 4

eine Aufstellung, aus der sich ergibt, dass die Berufsausrüstung des Antragstellers einen Wert von RM 2.694.85 gehabt hat.

IX. Zu den Positionen 24 und 25 hat der Antragsgegner bisher nicht Stellung genommen.

Weitere Unterlagen sind im Augenblick nicht greifbar; sofern sie noch aufgefunden werden, werden sie unverzüglich nachgereicht.

Der Rechtsanwalt:  
**Dr. Melbeck**  
**Für richtige Abschrift**  
Der Rechtsanwalt

4 Anlagen

M/Wy.

Hamburg, den 30. März 1939

gez. Fritz Friedberg

Stempel:  
Deutsche Bank Filiale Hamburg  
Stempelkammer  
gez. zwei Unterschriften

Stempel:  
Deutsche Bank Filiale Hamburg  
gez. zwei Unterschriften

206  
15. April 1939



Aufstellung von Silbersachen

Eigentum von Sally F r i e d e b e r g ,

Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 233

- 
- 1 Gemüselöffel ✓
  - 2 Kompottlöffel ✓
  - 12 Fischmesser ✓
  - 12 Fischgabeln ✓
  - 12 Frühstücksgabeln ✓
  - 4 Messer ✓
  - 4 Gabeln ✓
  - 4 Esslöffel ✓
  - 4 Teelöffel ✓
  - 11 Frühstücksmesser ✓

Es wird bescheinigt, dass die vorstehenden Gegenstände im Schliessfach Nr. 2192 verschlossen sind. Über den Inhalt des Faches kann nur mit Genehmigung der Devisenstelle Hamburg verfügt werden.

Ich, Sally Friedeberg, erkläre ausdrücklich, dass ich die in dem Schliessfach befindlichen Wertsachen mit Devisen auslösen und entsprechenden Antrag bei der Devisenstelle stellen werde.

Ich erkläre auch ausdrücklich und unwiderruflich, dass die Deutsche Bank Filiale Hamburg ohne meine Zustimmung über den Inhalt des Faches verfügen kann.

Ich bevollmächtige und beauftrage die Deutsche Bank Filiale Hamburg unwiderruflich, die nicht bis zum 15. November 1939 durch Devisenzahlung ausgelösten Gegenstände an eine öffentliche Ankaufsstelle zu veräußern und den erzielten Erlös unter Abzug der Unkosten und Gebühren meinem Auswandererkonto gutzubringen.

Hamburg, den 30. März 1939

gez. Sally Friedeberg

Stempel:  
Deutsche Bank Filiale Hamburg  
Stahlkammer  
gez. zwei Unterschriften

Stempel:  
Deutsche Bank Filiale Hamburg  
ppa.gez. zwei Unterschriften

*v.*  
*zob.*  
*So. 26/4.54*



J. Hilcken, Juwelier, Hamburg, Juwelen, Uhren, Gold- und  
Silberwaren, Tafelgeräte u. Besteckausrüstungen  
Gegründet 1882

Hamburg, den 21. April 1939  
Spitalerstr. 12, Semperhaus

Paket Nr. 1

B e s c h e i n i g u n g  
=====

Die im Depot der Deutschen Bank befindlichen  
silbernen Bestecke von Herrn Sally Friedeberg, Hamburg,  
habe ich taxiert, verpackt und versiegelt.

2 Kompottlöffel .....	Mk.	5,--
1 Gemüselöffel .....	"	6,--
12 Fischessbestecke .....	"	54,--
12 Dessertgabeln .....	"	24,--
11 Dessertmesser .....	"	11,80
4 Esslöffel .....	"	12,--
4 dito Gabeln .....	"	12,--
4 Essmesser .....	"	4,50
4 Kaffeelöffel .....	"	4,--

Gewicht cr. 2.850gr zus. Mk. 133,30  
=====

Wert: Reichsmark: (Einhundertdreiunddreizig) 30/00

in Firma:

Stempel:

J. Hilcken, Juwelier  
Hamburg, Spitalerstr. 12

Siegel (Petschaft)

2 850  
650  
-----  
3500

gez. Otto Hilcken

Beeidigter Sachverständiger  
der Industrie- u. Handelskammer  
Einzelhandelsabteilung  
Hamburg

*u.*  
*204. 26/4. 54.*



Oberfinanzdirektion Hamburg

Hamburg 13, den

1952.

Testanschrift: Hartungstr. 5

Buro Wiedergutmachung:

Pos 23 - la -

Eigentum Fredy Zadik  
Buenos Aires  
Calle Pino 3300

Fotosachen lt. Rechnung Foto-Flink 12.4.38.

1 Rolleiflex- Automat	250.--
1 Leica LLIA Summar 2/5 cm	387.--
1 Sixtus	38.--
1 Pan-Orthosatz	17.85
1 zus.Sonnenblende	9.--
1 Bereitschaftstasche für Leica	15.--
1 Bereitschaftstasche für Rolleiflex	17.50
2 Kassetten für Leica	10.--
1 Kugelgelenk	3.60
1 Correxdose für Leica	12.--
1 Blitzlichtvorrichtung für Leica	45.--
1 Fernobjektiv für Leica Hegra	260.--
1 Leicaobjektiv Toody	195.--
=====	
zus.RM.	1259.95

Fotosachen lt.Rechnung Schallenberg 31.10.38.

1 Onjektiv Hektor 2,8/6,3 97.--

Im Oktober 1938 gekauft, Rechnung fehlt.

1 Objektiv Hefar 165.--  
1 Universalsucher 39.--

Im November 1938 gekauft, Rechnung fehlt.

1 Dtz. Filmrahmen 11.--  
14 400 Negativumschläge 1.60

=====

Übertrag RM. 1573.55

10 Einlegefilms Leica " 12.20  
5 Dtz.Planfilms 9/12 12.50  
2 Pakete Final zu 10 Patronen 6.70

=====

zus. RM. 2694.45

Fotosachen nicht zur Auswanderung angeschafft.

1 Correxdose 6/9 3 Dtz.Negativklammern  
1 gr.&kl. Mensur 1 kl. Trichter  
1 Selbstausloeser 1 Sportsucher  
1 alter 6/9 Fotoapparat 1 Fotografierfarben  
2 Minenhalter 1 Retuschiermesser



Hamburg 13, den

1952.

Hauptschrift: Hartungstr.  
Wiedergutmachung:

- 2a -

Eigentum: Fredy Zadik  
Buenos Aires  
Calle Pino 3300  
Übertrag RM. 1573.558Fotosachen lt. Rechnung Schallenberg 3.11.38.

1 Bergheilkamera 9/12 Voigtländer	95.---
9 Ersatzkassetten	9.---
1 Linhoffstativ mit Ersatzteller	57.---
2 Aufnahmelampen Panchro	40.---
2 Stative hierfür	30.---
2 Glühbirnen hierfür	23.---
1 Scheher Spotlightlampe	45.---
2 Dunkelkammerlampen	36.---
2 Filter hierfür	7.---
1 Dunkelkammeruhr 7	6.---
1 Dunkelkammerbelichtungsuhr	36.---
1 Retuschierpult	12.60
1 Beschneidepult	15.---
1 Beschneidepult	12.50
12 Kassettenfilmeinlagen	3.60
1 Kopierrahmen	2.---
1 Rollkassette 6/9	5.60
3 Metallzangen	6.75
2 Überglocken gelb	2.40
2 Retuschiermesser	3.---
2 Minenhalter	2.80
2 Kartons Bleiminer	4.00
12 Pinsel 3 & 4	4.50
50 gr. Mattoläin	0.80
5 gr. Neucoccin	0.45
6 Metallfilmanhänger	4.05
20 Holzklammern	1.00
20 Korkklammern	1.00
1 Hochglanzpresse doppelt 30/40	101.---
3 Hochglanzfolien	36.---
1 Rollenquetscher	24.---
4 Schalen 24/30	15.20
1 Schale 30/40	5.60
1 Vergrößerungsapparat Wega m. 2 Objektiven	238.45
Kiste & Fracht	11.---
1 Vergrößerungsrahmen 24/30	16.50
1 Rolleifilter gelb und 1 grün	13.---
2 Proxarliniensätze	37.---
2 Rolleiparkeile	17.---
200 Blatt Brovira AGFA kartonst. div.	54.---
250 Blatt desgl. 18/24	45.---
100 Postkarten do.	5.40
10 Rollfilme B2 6/9 Isopan F 17/10 <sup>0</sup> DIN	10.30
10 Einlegefilme Leica "	12.30
5 Dtz. Planfilme 9/12	12.50
2 Pakete Final zu 10 Patronen	6.70
zus. RM.	2694.45

Fotosachen nicht zur Auswanderung angeschafft.

1 Correxdose 6/9	3 Dtz. Negativklammern
1 gr. & kl. Mensur	1 kl. Trichter
1 Selbstauslöser	1 Sportsucher
1 alter 6/9 Fotoapparat	1 Fotografierfarben
2 Minenhalter	1 Retuschiermesser



Wiedergutmachungsamt  
bei dem Landgericht Hamburg

Aktenzeichen: II/Z 2391

133  
132  
56  
Hamburg, den 21. November 1952.  
Sievekingplatz, Ziviljustizgebäude (Anbau)  
III. Stock, Zimmer 837a - Tel.: 35 17 31

Gegenwärtig:

Ober-Reg. Rat  
**Asschenfeldt**  
~~Ges. Assessor~~

~~XXXX Assessor~~

als Verhandlungsleiter

Schulz,  
Just. Angest.

als Protokollführerin

Nicht - Öffentliche Sitzung  
In der Rückerstattungssache

1. Sally Friedeberg, Buenos Aires,  
2. Fredy Zadik, " "

vertr. d. RA. Dr. Werner Melbeck, Hbg. 36,  
Dammtorstr. 30

Antragsteller

Oberfinanzdirektion Hamburg  
BV u. RA  
AZ: *W. A. 2/12. 52*  
Eing.: 29. NOV.  
2. Dez. 1952  
Sachgeb.: *80439 K* Anl.: *Pi.*

gegen

das Deutsche Reich, ges. vertr. d. d. Hansest. Hbg.  
-Finanzbeh. - diese vertr. d. d. Oberfinanzdir. Hbg.  
Hamburg 13, Hartungsstr. 5 - O 5210-F 229-V 115d-

Antragsgegner

erschienen bei Aufruf

für Antragsteller : RA. Dr. Melbeck

für Antragsgegner : Ass. Binert

Die Rechtslage wurde besprochen.

Zu Pkt. 1 : (Dollarbetrag)

Der Vertreter des Antragsgegners erklärte :

Es handelt sich um eine Devisenzahlung, die von der Ehefrau Friedeberg aus dem Ausland in das Inland geschickt wurde, die dann umgetauscht worden ist in Reichsmark. Aus diesem Reichsmarkbetrag ist dann ein Vorschuss abgedeckt worden, den der Ehemann Friedeberg von Dr. Caesar Philipp im Inland aufgenommen hatte.



Zu Pkt.6 :

Zwangsabgaben von Schmuck- und Silbersachen

Der Vertreter des Antragsgegners machte ein Angebot in Höhe von RM 1065.

Hiermit war der Vertreter der Antragsteller nicht einverstanden, er beantragte, die Sache an die Wiedergutmachungskammer zu verweisen.

Zu Pkt.9 :

Umzugsgut und Transportkosten.

Die Parteien sind sich einig (s. Schriftsätze der Parteien).

Zu Pkt.18 :

Reichsfluchtsteuer

Der Vertreter der Antragsteller erklärte :

Für die Reichsfluchtsteuer sind zum grössten Teil Wertpapiere abgegeben worden. Ich bin jedoch nicht in der Lage vorzutragen und zu beweisen, in welcher Höhe die Reichsfluchtsteuer durch Wertpapiere entrichtet worden ist.

Zu Pkt.19 :

Judenvermögensabgabe

Der Vertreter der Antragsteller erklärte :

Judenvermögensabgabe ist von den Eheleuten Frieda und David Zadik wie von Fredy Zadik durch Banküberweisung bezahlt worden. Es wird um eine Entscheidung gebeten.

Die Posten 20 und 21 sind ebenfalls durch Banküberweisung entrichtet worden.

Zu Pkt.23 : (Fotografische Ausrüstung)

Der Vertreter des Antragsgegners erklärte sich bereit, wegen der fotografischen Ausrüstung, die sich im Umzugsgut befunden hat, sein Zugeständnis für den Hausrat auf RM 2000.--, wie gefordert, zu erhöhen.

gez. Asschenfeldt

gez. Schulz

Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg  
II/Z 2391  
gezeichnet:  
Bitte bei allen Eingaben angeben!

- 1.) Sally F.
- 2.) Adelheid
- 3.) Fredy Z

vertreten durch

das Deutsche  
durch die  
vertreten durch  
Hartungsstr.

beschliesst  
durch den O

Aufgehoben  
durch Textual  
H. 241 in  
Verbindung mit  
Protokoll Nr. 2



Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg  
II/Z 2391

Zeichen:  
Bitte bei allen Eingaben angeben!

(24a)

Hamburg 36, den  
Sievekingplatz 1 (Anbau) Zimmer 837a  
Fernsprecher: 35 1731

3. Dezember 1952.

F(9)

Oberfinanzdirektion Hamburg  
L. u. BA  
Ar.:  
Eing.: 4. DEZ. 1952  
Sachgeb.: B 441/Anl. 1  
8. DEZ. 1952

B e s c h l u s s .

In der Rückerstattungssache

- 1.) Sally F r i e d e b e r g , Buenos Aires,
- 2.) Adelheid Friedeberg geb. Pessel, "
- 3.) Fredy Z a d i k , Buenos Aires,

Antragsteller

vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Werner M e l b e c k ,  
Hamburg 36, Dammtorstr. 30,

g e g e n

das D e u t s c h e R e i c h , gesetzlich vertreten  
durch die Freie und Hansestadt Hamburg -Finanzbehörde- diese  
vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg, Hamburg 13,  
Hartungsstrasse 5 - O 5210 - F 229 - V 115 d -

Antragsgegner

beschliesst das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg  
durch den Oberregierungsrat A s s c h e n f e l d t :

I. Es wird festgestellt,

1. dass der Antragsgegner verpflichtet ist,  
den Antragstellern wegen Entziehung von  
Umzugsgut und einer fotografischen Aus-  
rüstung Schadensersatz gemäss Art. 26 Abs. 2 REG.  
zu leisten;
2. dass der Wert der Gegenstände zur Zeit der  
Entziehung RM 82.000.- betrug und dass der  
Schaden am 10.4.1942 eingetreten ist.

Die Erfüllung der Ansprüche bestimmt sich nach  
der künftigen bundesgesetzlichen Regelung der  
Reichsverbindlichkeiten.

Aufgehoben  
durch Teilgleich  
d. 24.11. in  
Verbindung mit  
Protokoll d. 23.11. R



6. 40R, 42, 56R

II. Die Sache wird an die Wiedergutmachungskammer verwiesen, soweit es die Zwangsabgaben von Schmuck- und Silbersachen betrifft.

III. Die übrigen Ansprüche werden zurückgewiesen, da es sich insoweit entweder überhaupt nicht um die Entziehung von Vermögensgegenständen oder nicht um die Entziehung feststellbarer Vermögensgegenstände handelt (für Geldzahlungen vergl. Entscheidung des Board of Review in Sachen Kussy ./ . Bauer u. Schaurte - BOR. 51/11 u. RZW. 52/110) und somit die Voraussetzungen für die Anwendung des Rückerstattungsgesetzes nicht gegeben sind.

Rechtsmittelbelehrung zu I u. III :

Gegen diesen Beschluss kann jeder Beteiligte binnen 1 Monat, bei Wohnsitz im Ausland binnen 3 Monaten, die Entscheidung der Wiedergutmachungskammer durch Einspruch bei dem Wiedergutmachungsamt anrufen. Die Frist beginnt mit der Zustellung dieses Beschlusses.

gez. Asschenfeldt



Für richtige Ausfertigung:

*Asschenfeldt*, Just. Angest.  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Landgericht  
Zivilkammer  
für Handelsachen  
Wiedergutmachungskammer

Wiedergutmachungsamt  
WIK 174/53 E

Landgericht

Landgericht  
Wiedergutmachungskammer

Wiedergutmachungsamt  
WIK 912/52

Wiedergutmachungsamt  
WIK 2.2391 -

ist Verhandlungs  
Mittw  
Zimmer  
anberaumt worden

An die  
Oberfinanzdirekt.  
Hamburg  
=====

WIK 10000 8.52 E0708

WIK 10000 8.52 E0708  
scheint noch eine w  
vorhanden zu sein  
Sache wurde verhan

WIK 10000 8.52 E0708  
scheint noch eine w  
vorhanden zu sein  
Sache wurde verhan

Rechtsanwalt



Landgericht Hamburg  
1. Wiedergutmachungskammer

1 WiK 174/53 E

- Z 2391 -

B e s c h l u ß .

In der Rückerstattungssache

- 1.) Friedberg, Sally,
- 2.) Friedberg, Adelheid,
- 3.) Zadik, Fredy,

Antragsteller,

Bevollmächtigter:

Rechtsanwalt Dr. H. Polke, Hamburg,

Oberfinanzdirektion Hamburg

Az.:

Eing.: 30. MAI 1953

Sochgeb.: B 041

Anl.:

das Deutsche Reich

- Oberfinanzdirektion Hamburg-  
o 521o - F 229 - V 115 d

Antragsgegner,

2. JUN. 1953

hat die 1. Wiedergutmachungskammer des  
Landgerichts in Hamburg durch folgende  
Richter:

- 1.) Landgerichtsdirektor Dr. Joost,
- 2.) Gerichtsassessor Dr. Schmidt-Räntsch,
- 3.) Assessor Dr. Schröer

am 27. Mai 1953 beschlossen:

I. Die Antragsteller werden auf  
folgendes hingewiesen:

1. In Ziffer III des angefochtenen Beschlus-  
ses sind die Anträge durch das Wiedergutmachungs-  
amt zurückgewiesen worden, weil feststellbare  
Vermögenswerte nicht entzogen worden sind.

Schm.

Es



Es ist mit Ausnahme der Position 7 der Anmeldung nicht ersichtlich, daß die Abweisung der Ansprüche insoweit auf einem Verstoß gegen die Bestimmungen des Rückerstattungsgesetzes beruht.

2. Der Wert des Hausrats ist von den Antragstellern in der Anmeldung mit 80.000.-- RM (Pos. 9) und hinsichtlich der fotografischen Ausrüstung mit 2.000.-- RM (Pos.23), insgesamt mit 82.000.-- RM angegeben worden. Der Antragsgegner hat den Wert des Umzugsguts im Schriftsatz vom 13.Oktober 1951 (Bl. 29 R) anerkannt. Daraufhin haben die Antragsteller in dem Schriftsatz ihres Bevollmächtigten Dr.Werner Melbeck vom 26.Oktober 1952 erneut den Wert des Umzugsguts und der fotografischen Ausrüstung mit 82.000.-- RM angegeben (Ziffer I des Schriftsatzes) und sich unter Ziffer VI des Schriftsatzes mit der Feststellung der Ersatzverpflichtung des Antragsgegners entsprechend der von diesem angegebenen Formulierung einverstanden erklärt. In der Verhandlung vor dem Wiedergutmachungsamt am 21.November 1952, in der die Antragsteller von RA.Dr.W.Melbeck vertreten wurden, haben beide Parteien zu Punkt 9 - Umzugsgut - und zu Punkt 23 - fotografische Ausrüstung - erklärt, daß über die Höhe der Ersatzverpflichtung Einigkeit bestehe. Daraufhin hat das Wiedergutmachungsamt in Ziffer I des angefochtenen Beschlusses die Ersatzverpflichtung in Höhe von 82.000.-- RM festgestellt. Dazu war das Wiedergutmachungsamt, da insoweit im Zeitpunkt des Erlasses der Entscheidung <sup>keine</sup> Einigung zwischen den Parteien bestand, nach den



8. Mai 1953

144

- 3 -

An die  
Oberfinanzdirektion  
Hamburg

- F 229 - BY 413 b -

den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 59  
berechtigt.

3. Den Antragstellern wird Gelegenheit  
gegeben, unter Berücksichtigung des unter  
1. und 2. Ausgeführten zu erwägen, ob der  
Einspruch insoweit aufrechterhalten werden  
soll. Die Antragsteller werden auf § 7 der  
2. AVO zum REG hingewiesen, wonach bei erkenn-  
bar unbegründeten Anträgen dem Antragsteller  
die Kosten auferlegt werden können.

II. Der Zwangsverkauf des Versiche-  
rungsanspruchs möge von den Antragstellern  
näher erläutert und eine etwaige Entziehung  
durch den Antragsgegner begründet werden.  
Zur schlüssigen Begründung des Antrags gehörte  
der Nachweis, daß die Versicherungsansprüche  
von dem Antragsgegner bzw. von einem sonsti-  
gen Dritten entzogen worden sind. Nur wenn  
die Ansprüche an einen Dritten veräußert  
sein sollten, wäre der Dritte rückerstattungs-  
pflichtig. Sollte dagegen die Versicherungs-  
summe von der holländischen Versicherungs-  
gesellschaft ausbezahlt und der ausbezahlte  
Betrag auf ein Konto der Antragsteller über-  
wiesen worden sein, käme eine Entziehung  
feststellbarer Vermögenswerte und damit ein  
Ausgleich <sup>nach dem</sup> Gesetz Nr. 59 ebenfalls nicht  
in Betracht.

III. Erklärung zu I. und II. :

1 Monat.

IV. Nach Ablauf der Erklärungsfrist  
wird den Parteien eine schriftliche Entschei-  
dung zugestellt werden.

Dr. Joost (Unterzeichnet:)  
Dr. Schmidt-Räntsch Dr. Schröer.  
Für richtige Ausfertigung:



als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.



8. Mai 1953

An die  
Oberfinanzdirektion  
Hamburg

=====

- F 229 - BV 413 b -

Fr/Die.

An das  
Wiedergutmachungsamt beim Landgericht  
Hamburg

H a m b u r g

Sievekingplatz  
(Ziviljustizgebäude)

Oberfinanzdirektion Hamburg	
Az.: 4136	BV u. EA
6. JUNI 1953	
Sachgeb.: 3041	Anl.:

Dr. Heinrich Polke  
Rechtsanwalt  
HAMBURG  
Neß 7/9  
Telefon: Sammel-Nr. 32 10 11

Aktenzeichen: 1 Wik 174/53 B

In der Rückerstattungssache Friedberg ./.. das Deutsche Reich wird zur ergänzenden Begründung des Einspruchs vom 4.3.1953 gegen den Beschluss des Wiedergutmachungsamts vom 3.12.1952 noch folgendes vorgetragen:

Zu II (Silber-, Gold- u. Schmuckwaren)

Die Antragsgegnerin ist sich völlig bewusst, dass sowohl die bezahlten Ankaufserlöse, als auch die Taxen seinerzeit weit unter dem wahren Wert der entzogenen Gegenstände gelegen haben, veranschlagt aber den Wert dieser als Position 6 von dem Antragssteller angemeldeten Gegenstände nur mit RM 1.065,--.

Die Antragsgegnerin hat in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Behörden der anderen deutschen Länder auf Grund der Angaben der seinerzeit mit Werttaxen beauftragten Juweliere und Beamten der öffentlichen Pfandleihanstalten gewisse Richtlinien ausgearbeitet, an die sie sich bei der nunmehrigen Bewertung für die Zwecke der Rückerstattung hält.

Bei Silbersachen soll der damalige wahre Wert pro Gramm RM --,20 gewesen sein. Gezahlt wurden von den Ankaufsstellen ab Juni 1949 nur RM --,018, so dass der wahre Wert rd. 11 x höher gewesen ist. Bei Goldsachen soll der wahre Wert pro Gramm RM 6,--, bei Schmuck durchschnittlich RM 7,-- betragen haben, während nur RM 1,-- p.gr. gezahlt worden ist. Das bezieht sich also auf alle Gegenstände, die beim Hamburger Pfandleihhaus begeliefert worden sind. Der kostbare Schmuck wurde nach Berlin geschickt. Dort liegen aber keine Richtlinien für die wahre Bewertung solcher Gegenstände vor. Doch glaubt man, dass die berliner Verhältnisse etwa dieselben waren wie in Nürnberg, wo ein Siebentel des wahren Wertes ausgezahlt wurde.



Andererseits wird bei der nunmehrigen Feststellung des wahren Wertes von Taxen ausgegangen, wobei es darauf ankommt, zu welchem Zwecke dieselben gegeben worden sind: für die Versicherung, für die Steuer, oder wegen der Ablieferung wegen Devisen, wie in dem u.a. Falle der Position A.

Solche Schmuck-, Silber- u. Goldwaren wurden mit der Taxe ins Bankdepot genommen und verfielen dem Reich, wenn sie nicht mit Devisen eingelöst wurden. Man hatte damals festgestellt, dass die Preise für Schmuck usw. im Ausland erheblich niedriger waren. Es wurde daher dafür gesorgt, dass die offiziellen Taxen wegen der Devisenabgabe um ein Mehrfaches herabgesetzt wurden gegenüber dem wahren Inlandswert der ins Depot gegebenen Sachen. Man rechnet heute mit einem Verhältnis 1 : 3, kommt aber dabei zu anderen Ergebnissen, als bei der Berechnung auf Grund des offiziellen Ankaufpreises.

Aus dem Nachfolgenden ergibt sich, dass die Richtlinien bezüglich der Taxen offenbar nicht zutreffen.

Der wahre Wert der einzelnen Unterpositionen muss wie folgt berechnet werden:

Position 6 A:

An die Deutsche Bank abgelieferte Silbersachen im Taxwert von RM 133,30 (vgl. Original-Anlage 1 u. 2 zu dem Schriftsatz des früheren Vertreters der Antragssteller, RA. Dr. Melbeck, vom 20.10.1952).

Diese Silbersachen hatten ausweislich der Bescheinigung des Juweliers Hilcken (o.a. Original-Anlage 2) ein Gewicht von 2.850 gr. Bei einem wahren Silberpreis von RM 0,20 p.gr. kommt man also auf einen wahren Gesamtwert von RM 570,--. Wenn man jedoch den Richtlinien bezüglich der Taxen folgt, so kommt man -  $RM 133,30 \times 3$  - nur auf RM 400,--.

Position 6 B:

(Ablieferungsbescheinigung Nr. 980 der öffentl. Ankaufsstelle Hamburg v. 4.7.1939; Erlös RM 160,--.

Bedauerlicherweise können die Antragssteller hier leider keine Angaben mehr über das Gesamtgewicht dieser Silber- u. Goldsachen geben.



festzustellen ist jedoch, dass die darin enthaltenen 480 gr. Silberbruch allein schon bei einem wahren Gramm-Wert von RM 1,20 einen wahren Gesamtwert von RM 96,-- hatten.

Man wird bei der Abschätzung des wahren Wertes auf Grund des wahrscheinlichen Gewichts davon ausgehen müssen, dass die Silber-sachen dieses Postens ein Mehrfaches von den Gold- u. Schmuck-sachen gewogen haben. Für sie wäre das Wertverhältnis 11 : 1 gegeben, während der Goldschmuck mit 7 : 1 zu bewerten wäre. Dabei sind bei dem Goldschmuck auch die Edelsteine und Perlen mit enthalten. Soweit sich der Wert überhaupt rekonstruieren lässt, könnte man ein durchschnittliches Wertverhältnis von 15 : 1 für diesen Unterposten annehmen; mithin kommt man bei einem Erlös von RM 160,-- zu einem wahren Gesamtwert von mindestens RM 2.400,--

Position 6 C:

Ablieferungsschein der Öffentl. Ankaufstelle Hamburg Nr. 2821 ohne Datum; geschätzter Erlös RM 1,--. Auch hier ist der Erlös mit 11 zu multiplizieren; der wahre Wert mithin RM 11,--.

Es dürfte allerdings zu beachten sein, dass die hier genannten Gegenstände, nämlich

1 Salat-Besteck und

4 Vorlege-Gabeln mit silb. Heften (800)

wahrscheinlich auch mit RM 11,-- bei weitem unterbezahlt sind.

Position 6 D:

Platin-Kollier mit goldenem Anhänger und drei Brillanten.

Der Erlös dieses Stückes ist unbekannt, doch war es, wie in o.a. Schriftsatz des Herrn RA Dr. Welbeck vom 6.10. bereits vorgebracht, vor der Ablieferung von einem Juwelier auf RM 3.940,-- geschätzt worden. Die Taxe ist dem Antragssteller leider verloren gegangen.

Man muss sie, um den wahren Wert festzustellen, ebenfalls mit 3 multiplizieren, so dass man zu einem wahren Wert von rd. RM 12.000,-- kommt.

Bei dieser Berechnung kommt man zu folgendem Ergebnis:



Position A:	Erlös RM	36,--	Wert RM	570,--
"	"	160,--	"	2.400,--
Position B:	"	1,--	"	11,--
Position C:	"	?	"	12.000,--
Position D:	"	?	"	RM 14.981,--
				=====

Die Richtigkeit dieser Rechnung wird durch die als Anlage im Original hier eingereichte Kladde, die der Antragsteller zu 1) für das "Verzeichnis über das Vermögen von Juden nach dem Stande vom 24.4.1939" angefertigt hatte. Es wird beantrag, das dem Finanzamt Rechtes Alsterufer wohn unter dem Aktenzeichen R 147/262 eingereichte Vermögensverzeichnis beizuziehen.

Daraus ergibt sich, dass der Schmuck, nämlich Kollier (Position D), sowie Nadel, Ring mit Stein, Perlenkette und kleine einfache Ringe (in Position B) allein mit RM 3.500,-- bewertet worden war. Das gesamte Haus Silber in Gebrauch war mit RM 170,-- veranschlagt. Dazu gehörten jedoch, wie sich aus dem handschriftlichen Vermerk auf Seite III der Kladde ergibt, ausserdem noch

- 1 Dtzd. kl. Messer
- 2 " gr. Messer
- 1 " kl. Gabeln
- 2 " gr. Gabeln
- 1 " kl. Löffel
- 2 " gr. Löffel
- 1 Silberkorb.

Der grösste Teil der o.a. Silber-Waren ist teils in dem Lift (Position 9) gewesen, teils vom Antragsteller zu 1) einem jüdischen Verwandten zur Aufbewahrung gegeben worden, der sie seinerseits an einen Dritten weitergegeben hat, bei dem sie durch Ausbombung verloren gegangen sind.

Die abgelieferten Silberwaren sind dabei offenbar gar nicht besonders berücksichtigt. Sie wurden im Verhältnis zu den anderen nur einen angeblichen Wert von RM 10,-- bis RM 20,-- repräsentieren.

Es ist nicht zu verwundern, dass der Antragsteller zu 1) seinerzeit diese seine Vermögenswerte derart gering eingeschätzt hatte. Wenn hier alle Schmucksachen und das abgelieferte Silber (Position A - D) mit rd. RM 3.520,-- angesetzt wurde, so kann mit Billigkeit angenommen werden, dass der wahre Wert mindestens der drei- bis vierfache war, mithin rd. RM 14.000,--.



Das entspricht also im wesentlichen der o.a. Berechnung.  
Übrigens war der Schmuck allein früher laufend mit RM 15.000,--  
bis RM 20.000,-- versichert. Die Police befand sich im Lift,  
wurde nach der Versteigerung der jüdischen Gemeinde übergeben und  
ging dort durch Bombenschaden verloren.  
Wenn also die Antragssteller für ihre Silber-, Gold- u. Schmuck-  
gegenstände nur einen Betrag von RM 8.000,-- einsetzen, so ist ihre  
Forderung bestimmt nicht zu hoch gegriffen.

Zu I. (Lift mit Haushaltsgegenständen)

Die Antragssteller sind seinerzeit davon ausgegangen, dass der  
Zeitpunkt der Entziehung der 28.8.1939 gewesen ist und nicht, wie  
nunmehr festgestellt, der Tag der Versteigerung, der 10.4.1942.  
Weiterhin ist ihnen nicht bekannt gewesen, welches Missverhält-  
nis zwischen dem Erlös und dem wahren Wertes ihrer Vermögens-  
gegenstände bestanden hat. Sie glauben also, dass der von ihnen  
ursprünglich geforderte Betrag von RM 80.000,-- vielleicht gering ge-  
griffen ist und beantragen eine Steigerung dieser Summe um  
200 %. Das würde einen Betrag von rd. RM 240.000,-- ergeben.

Zu III.

Hierzu wird weiterer Vortrag vorbehalten.

Beglaubigt:

Rechtsanwalt

Polke

Rechtsanwalt

Polke

Rechtsanwalt



13, den 25. August 1953

OFB Hamburg  
- F 229 - BV 413 b -

Postanschrift: Hartungstr. 5  
Büro Wiedergutmachung:  
Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a

An das  
Landgericht Hamburg  
Wiedergutmachungskammer  
(dreifach)  
Hamburg 36  
Sievekingplatz

In der Rückerstattungsache

- 1. Wk 174/53 S. -

- 11/2 2391 -

Friedeberg u. a.  
(RA. Dr. Polke, Hamburg)

./. Deutsches Reich

wird auf die richterliche Verfügung vom 8.8.1953 zu dem Schriftsatz der Antragsteller vom 14.7.1953 wie folgt Stellung genommen:

1.) Judenvermögensabgabe und Reichsfluchtsteuer

Aus den hier vorliegenden Unterlagen geht hervor, dass die für die Abgeltung der Sonderabgaben entrichteten Beträge:

a) für Judenvermögensabgabe:

am 27.4.39 = RM 3.400,-- für Sally Friedeberg  
" 27.4.39 = RM 3.400,-- " Adelheid Friedeberg  
" 27.4.39 = RM 2.200,-- " Dredy Zadik

b) für Reichsfluchtsteuer:

am 11.11.38 = RM 1.279,--  
" 19.11.38 = RM 9.000,--

ausschliesslich im Wege des Giroverkehrs (Banküberweisung) erfolgt sind.

Die Ansprüche dieser Art sind vom Wiedergutmachungsamt mit Recht als Geldzahlungen, die nicht unter das REG fallen, zurückgewiesen worden.

2.) Hausstand

Der Antragsteller hat den Wert des Hausstandes selbst mit 80.000,-- RM beziffert. Einem RM-Feststellungsbeschluss in dieser Höhe hat der Antragseegner zugestimmt. Es besteht keine Veranlassung von einem höheren Betrag auszugehen. Die Erwägungen, dass der Wert des Haushaltsgutes vom Zeitpunkt der Auswanderung im August 1939 bis zur Entziehung durch die Versteigerung im dritten Kriegsjahr erheblich gestiegen sei, gehen fehl. Erfahrungsgemäss hat ein bereits im Jahre 1939 eingelagerter Hausstand durch das Lagern im Schuppen oder im Freien nicht an Wert gewonnen, sondern verloren.

Auch das Argument des Antragstellers, dass sein Haushalt bei einem freien Verkauf im Gegensatz zur zwangsweise durchgeführten Auktion den doppelten bis fünffachen Erlös erbracht haben würde, kann ihn nicht zu einem höheren Betrag als RM 80.000,-- verhelfen.

Es



Es ist gerichtsbekannt, mit welchen Multiplikatoren  
Versteigerungsorlöse bestenfalls erhöht werden können.  
Wenn der Antragsteller jedoch selbst Angaben macht,  
die innerhalb dieses Rahmens bleiben, so muss es dabei  
sein bewenden haben.

In Auftrag  
gez.: Kuhfuss  
(Kuhfuss)

Oberrfinanzdirektion Ha  
F 229 - BV - ~~414~~ <sup>413</sup>

1) Kanzlei: fertige v  
und drei  
Reinschri  
Akte best

2) An das  
Landgericht Hamburg  
Wiedergutmachung  
H a m b u r g 36  
Sievekingplatz

In

Trinberg u. A  
(Ra. Dr. Heinrich Polte)

Bevollmächtigter:

das Deutsche Reich,  
gesetzlich vertreten d  
- Finanzbehörde -, die  
Hamburg,

3) BV #/413/~~414~~ zur U  
4) Abs.: zur A  
mit 2

413  
Reg: z.d.A



OFG Hamburg

- F 229 - BV 413 b -

13. den 25. August 1953

Postanschrift: Hartungstr. 5  
 Büro Wiedergutmachung:  
 Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a

An das  
 Landgericht Hamburg  
 Wiedergutmachungskammer  
 (dreifach)  
 Hamburg 36  
 Siebekingplatz

In der Rückerstattungsache

- 1. Wik 174/53 E -

II/2 2391

Friedeberg u.A.  
 (RA. Dr. Heinrich Polke

./.. Deutsches Reich

wird zu dem Beschluss vom 27.5.1953 und dem Schriftsatz der Antragsteller vom 8.5.1953 wie folgt Stellung genommen:

Gold-, Schmuck- und Silbersachen

laut den hier vorliegenden Unterlagen sind folgende Ablieferungen vorgenommen worden:

- a) Gold- und Silbersachen am 4.7.39 (Abl. Besch. Nr. 980)  
 gegen RM 144,-- netto,
- b) Silbersachen - Datum unbekannt - (Abl. Besch. Nr. 2821)  
 gegen RM --,90 netto,
- c) Silbersachen im Juli 1940 (Aufstellung J. Milcken)  
 gegen RM 36,-- netto,
- d) Schmucksachen am 4.7.39 an Stadt-Leihanstalt Berlin  
 Erlös unbekannt.

Nach den von den hiesigen Wiedergutmachungsbehörden in ständiger Praxis angewandten Bewertungsgrundsätzen errechnet sich der Schadenswert der unter a) bis c) aufgeführten Ablieferungen wie folgt:

zu a)	=	RM 1.010,56
" b)	=	" 10,10
" c)	=	" 528,30

zusammen RM 1.548,96

Insofern könnte einen RM-Feststellungsbeschluss in der genannten Höhe zugestimmt werden.

Entziehungszeitpunkt: 4.7.39 für RM 1.020,66  
 und 15.7.40 " RM 528,30

Wegen der unter d) genannten Schmucksachen (1 Platinhalskette mit gold. Anhänger, 1 gr. u. 2. kl. Brillanten) wird gebeten, durch einen Sachverständigen den Mindestwert schätzen zu lassen, weil Anhaltspunkte wie Verwertungserlös, Edelmetallgewicht, Facon- und Schmuckwert nicht bekannt sind.

Im Auftrag

Gez.: Kuhfuss

(Kuhfuss)



Hamburg 13, den 6. Februar 1954

Vfg.

An das  
Hanseatische Oberlandesgericht  
- 5. Zivilsenat -

Hamburg 36  
Siebekingplatz

(dreifach)

Geschrieben	6.2.54
Gelesen	
Abgesandt	6.2.54

In der Rückerstattungssache

- 5 Wis 658/1953 -

1 WiK 174/1953

- 1) Sally Friedeberg,  
Buenos Aires
  - 2) Adelheid Friedeberg ./.  
geb. Pessel, Buenos Aires
  - 3) Fredy Zadik, Buenos Aires
- Prozeßbevollmächtigter:  
RA Dr. Heinrich Polke,  
Hamburg 11, Ness 7/9

Deutsches Reich  
(OFD Hamburg)

hat sich jetzt herausgestellt, daß der Beschluß des Wiedergutmachungsamts vom 3.12.1952 unter sachlich falschen Voraussetzungen ergangen ist. Es wird deshalb beantragt, diesen Beschluß und den des Landgerichts vom 25.9.1953 aufzuheben und die Sache zur weiteren Aufklärung und neuen Verhandlung an das Landgericht zurückzuverweisen.

In der Anlage zum Anspruchschreiben des Wiedergutmachungsamts vom 29.8.1950 - Z 2391 - haben die Antragsteller ihren Anspruch wie folgt formuliert:

Position 9

Totalverlust unseres Umzugsgutes von 7208 kg, das von der Gestapo in Hamburg versteigert wurde RM 80.000,--

Position 23

Fotografische Ausrüstung RM 2.000,--

Im Schriftsatz des Rechtsanwalts Dr. Melbeck vom 26.10.1952 an das Wiedergutmachungsamt wird für diesen Anspruch folgende Aufteilung vorgenommen:

RM 70.000,-- für Familie Friedeberg

RM 10.000,-- für Fredy Zadik.

In den Versteigerungs- und Gestapolisten, die der Oberfinanzdirektion zur Verfügung stehen, ist der Name Sally Friedeberg nur einmal enthalten und zwar mit dem vom Versteigerer Wehling am 10.4.1942 eingezahlten Betrage von RM 63.198,61.

Es ist deshalb irrtümlich davon ausgegangen worden, daß diese Versteigerung, über die das Versteigerungsprotokoll Wehlings vom 10.4.1942 vorliegt, das Umzugsgut der Antragsteller



betrifft. Deshalb hat die Oberfinanzdirektion Hamburg als  
Verfahrensvertreter des Deutschen Reiches dem Feststellungs-  
beschuß über RM 82.000,-- zugestimmt.

Inzwischen hat die Jewish Trust Corporation an Stelle  
von Sally Friedeberg mit Anspruchschreiben des Wiedergut-  
machungsamts vom 29.9.1953 - II Z 9813 - 1 - einen Verstei-  
gerungserlös von

RM 9.583,77

geltend gemacht und diesen Anspruch mit  
einem Versteigerungsprotokoll des Gerichtsvollziehers  
Bobsien vom 30.7.1941 belegt. In diesem Protokoll Bobsiens  
wird das Gewicht des versteigerten Umzugsgutes mit 7208 kg  
bezeichnet. In dem Versteigerungsprotokoll Wehlings dagegen  
ist die Rede von 4 Liftvans mit einem Gewicht von 12.360 kg.  
In der umstehend angeführten Anlage zum Anspruchschreiben  
vom 29.8.1950 hat der Antragsteller aber selbst das Gewicht  
seines Umzugsgutes mit 7208 kg angegeben. Daraus ergibt sich,  
daß der Wertermittlung des Umzugsgutes das falsche Versteige-  
rungsprotokoll zugrunde gelegt worden ist. Das Protokoll  
Wehling betrifft überhaupt nicht den Antragsteller. Für die  
Berechnung des Wertes des Umzugsgutes der Antragsteller muß  
also von dem Bobsienschen Protokoll ausgegangen werden.

Deshalb wird gebeten, die Sache zur weiteren Aufklärung  
an die Kammer zurückzuverweisen.

Im Auftrag

(Kuhfuß)

2) z. f. d.

3) J. f. d. p. r.

weisen Antell...

4. 6. 5

10. 8. 54

H. Heinrich Polke  
Rechtsanwalt  
HAMBURG 11  
Neß 7/9  
Samml.-Nr. 331011

An das

Betr.: Aktenz

In der Rücker

ist es notwen

ständigenguta

Die Antragstel

hatte aus dem

u.a. ein Paar

nicht tragen w

waren. Deshalb

zur Begutachtu

Brillant der e

Brillanten aus

Ohringe wurde

Brillanten aus

dem großen Brill

man für eine Br

stellerin zu 2)

werden kann. Di

länglich einer g

im Februar 1937

geben, die ihr

Die Antragstelle

einem Juwelier

festgestellt hat

Karat handelt. D

beiden kleinen B

Größe des großen

das Aussehen des





29. Oktober 1953

P/Ba.

Dr. Heinrich Polke  
Rechtsanwalt  
HAMBURG 11  
Neß 7/9  
Sammel-Nr. 521011

An das

Landgericht Hamburg  
1. Wiedergutmachungskammer  
Hamburg 36

Betr.: Aktenzeichen 1 WiK.912/52  
II/Z.2391

In der Rückerstattungssache

Friedeberg u.A. ./.. das Deutsche Reich

Ist es notwendig, zur Vorbereitung des einzuholenden Sachverständigengutachtens auf folgendes hinzuweisen:

Die Antragstellerin, Frau Adelheid Friedeberg geb. Pessel, hatte aus dem Nachlass ihres Schwiegervaters aus erster Ehe u.a. ein Paar Ohrringe mit großen Brillanten geerbt, die sie nicht tragen wollte, weil die Brillanten zu groß und "protzig" waren. Deshalb wurde das Kollier angefertigt, dessen Wert jetzt zur Begutachtung steht. Für dieses Kollier wurde als großer Brillant der eine Ohrring verwendet, während die 2 kleinen Brillanten aus Ringen genommen wurden. Das Gold der beiden Ohrringe wurde als Anhängsel zu dem Kollier verarbeitet. Den Brillanten aus dem zweiten Ohrring, der also in Art und Größe dem großen Brillanten im Kollier genau entspricht, verwendete man für eine Brosche, die sich noch jetzt im Besitz der Antragstellerin zu 2) befindet und daher zum Vergleich herangezogen werden kann. Die Brosche hatte die Antragstellerin zu 2) anlässlich einer gemeinsamen Reise der Antragsteller zu 1) und 2) im Februar 1937 Freunden in der Schweiz zur Aufbewahrung übergeben, die ihr die Brosche später ins Ausland nachsandten.

Die Antragsteller haben nunmehr den Brillanten in der Brosche einem Juwelier in Buenos Aires zur Nachmessung übergeben, der festgestellt hat, daß es sich um einen Brillanten von 2 3/4 Karat handelt. Dieser Juwelier ist der Überzeugung, daß die beiden kleinen Brillanten des Kolliers zusammen mindestens die Größe des großen Brillanten gehabt haben müssen, da anderenfalls das Aussehen des Kolliers gemindert worden wäre, zumal es keine

Hamburg als  
Feststellung  
tion an Stelle  
Wiedergut-  
inen Verstei-  
583,77  
ziehers  
Koll Bobsiens  
a mit 7208 kg  
alings dagegen  
von 12.360 kg.  
achschreiben  
st das Gewicht  
aus ergibt sich,  
lsche Versteige-  
s Protokoll  
eller. Für die  
ragsteller muß  
en werden.  
teren Aufklärung

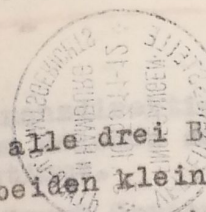
Auftrag

nfuß)



Oktober 1937

Befugigte Abschrift



andere Möglichkeit gab, als alle drei Brillanten auf den Anhängsel anzubringen. Die beiden kleinen Brillanten werden also zusammen ebenfalls  $2 \frac{3}{4}$  Karat gehabt haben.

Das Gewicht eines Karats wird mit  $\frac{2}{10}$  Gramm errechnet, insgesamt müssen demnach die 3 Brillanten  $1,10$  Gramm gewogen haben. Da die feine Platinkette und auch das Anhängsel ein geringes Gewicht hatten, dürfte unter Zugrundelegung eines Gewichts von  $1,10$  Gramm für die 3 Brillanten sich ein Gesamtgewicht von  $2 \frac{3}{4}$  Gramm ergeben, wie dies auch die Leihanten bestätigt.

Pelke  
Rechtsanwalt

Beglaubigt:

Rechtsanwalt

Landgericht Han  
Wiedergutmachung  
Aktenzeichen: 1

An -Oberfinanz  
Az.: -

-Jewish Tru

Reg. No.:

- United Re

Az.:

Herrn

zurückgefl  
binnen

v.  
J.B.

etc. die gr  
Aus  
dieses Schm  
Größen der  
Dana  
stück auf



189 ~~188~~

# J. HILCKEN, JUWELIER, HAMBURG

*Juwelen, Uhren, Gold- und Silberwaren, Tafelgeräte und Besteckausrüstungen*  
Gegründet 1882

KONTO: NORDEUTSCHE BANK A.G., HAMBURG  
KASSE R, SPITALERSTRASSE  
32 64 01

HAMBURG 1, den 20. Nov. 1953  
Spitalerstraße 12, Semperhaus

Betrifft: Rückerstattungssache  
Sally Friedeberg  
1 Wik. 912/1952

An Landgericht Hamburg  
1. Wik.

Nach Studium der Akten obiger Rückerstattungssache sind keine konkreten Unterlagen, woraus sich der Wert des beantragten Schmuckstückes mit Brillanten positiv errechnen lässt. Besonders da auch keine Abrechnung von Berlin darin enthalten, ist eine Schätzung nach den Angaben nicht möglich. Wenn es sich tatsächlich um Steine der angegebenen Grösse handelt spielt bei der Wertberechnung die Qualität wie Reinheit, Farbe etc. die grösste Rolle.

Aus diesem Grunde kann ich nur den Mindestwert für dieses Schmuckstück angeben, vorausgesetzt, dass die angeblichen Grössen der Steine, wie angegeben waren.

Danach schätze ich den Mindestwert für dieses Schmuckstück auf

RM. 3.025.- ) gemeiner Wert am Tage der  
Entziehung)

*Otto Hilcken*  
gezeichnete Sachverständiger  
der Industrie- u. Handelskammer  
gez. Otto Hilcken  
Hamburg



106  
195

# J. HILCKEN, JUWELIER, HAMBURG

*Juwelen, Uhren, Gold- und Silberwaren, Tafelgeräte und Besteckausrüstungen*  
Gegründet 1882

KONTO, NORDDEUTSCHE BANK A.G., HAMBURG  
DEPOSITENKASSE R, SPITALERSTRASSE  
RTF 32 64 01

HAMBURG 1, den 6. Jan. 1954  
Spitalerstraße 12, Semperhaus

Betrifft: Rückerstattungssache Sally Friedeberg  
1. Wik. 912/52 II/Z! 2391

An Landgericht Hamburg, 1. Wik

Zu den Einwendungen des Vertreters des Antragstellers vom 29.10.53 und Schriftsatz vom 23.12.53 in obiger Sache, führe ich wie folgt aus:

Es wird darin eine Rechnung aufgestellt, die in keinem Falle stimmt. Es wird ausgeführt, dass die Leihanstalt das Gesamtgewicht des Kollieranhängers mit Brillanten und Platinkette mit  $2\frac{3}{4}$  gr. angegeben hat. Danach wurde ausgerechnet, dass die 3 Brillanten 1.10 gr gewogen haben müssten und da 1 Karat =  $\frac{2}{10}$  gr ist, die 3 Brillanten also zus. 5.5 Karat Gewicht hatten.

Die Tatsache ist, dass die dünnste Platinkette jedoch 2 gr wiegt, dazu kommt dann noch die Fassung für die Brillanten, die aber bei derartig grossen Brillanten, wie diese angeblich gewesen sein sollen, mindestens  $\frac{3}{4}$ -lgr. wiegen würde.

Auch die vertretene Ansicht, rot angestrichener Satz Blatt 24 der Akten: "Dieser Juwelier ist der Ueberzeugung, dass die beiden kleinen Brillanten des Kolliers zusammen mindestens die Grösse des grossen Brillanten gehabt haben müssen, da anderenfalls das Aussehen des Kolliers gemindert worden wäre, zumal es keine andere Möglichkeit, als alle 3 Brillanten auf dem Anhängsel anzubringen" muss ich vollkommen verneinen. Es wurde oft ein grösserer Brillant als Kollieranhänger gearbeitet, wobei denn noch 2-3 kleine mit verarbeitet wurden.

Es ist hier jedoch unbedingt das Gesamtgewicht von  $2\frac{3}{4}$  gr der Ankaufsstelle zu berücksichtigen und daraus ist zu schliessen, dass selbst der grosse Brillant kaum ein Gewicht von  $2\frac{3}{4}$  Karat also = 0.575 gr. hatte. Von den beiden anderen Brillanten ganz zu schweigen, da der Kollieranhänger mit Kette schon gut 2.5 gr gewogen haben muss. Ich schätze daher das Gewicht der beiden kleinen Brillanten auf höchstens zus.  $\frac{1}{2}$  Karat, wenn nicht weniger.

Da ich mir aber über die Qualität der Brillanten kein Bild machen kann, habe ich den gemeinen Wert (in diesem Falle Mindestwert) auf RM. 3.025.- geschätzt und habe aus den dargelegten Gründen keine Veranlassung eine andere Auffassung zu vertreten.

Otto Hilcken



Dr. Heinrich Polke  
Rechtsanwalt

HAMBURG 11

NeB 7/9

Telefon: Sammel-Nr. 321011

An das

Landgericht Hamburg

1. Wiedergutmachungskammer

H a m b u r g 36

Aktenzeichen 1 WiK 912/52

In der Rückerstattungssache

Friedeberg u.A. ./. Deutsches Reich

stimmen die Berechtigten den Ausführungen des Sachverständigen Hilcken in seinem Schriftsatz vom 6.1.54 nicht zu.

Herr Friedeberg schreibt mir u.a. wörtlich:

" Ich kann wohl verlangen, dass mindestens, was den 2 3/4 Karat Brillanten betrifft, unsere Angabe wegen Grösse und Qualität als feststehende Tatsache betrachtet wird. Auch kann erwartet werden, daß Herr Juwelier Hilcken unseren Angaben bezgl. der kleinen Brillanten mehr Vertrauen schenkt, auf keinen Fall hat er irgendwelchen Grund anzunehmen, daß diese beiden kleinen Steine zusammen eine Grösse von 1/2 Karat hatten.

Die Angaben der Leihanstalt sind miserabel. Man schreibt nicht 1 grosser und 2 kleine Brillanten, sondern gibt die Grösse der Brillanten an. Wir haben nicht unsere Daten durch Rekonstruktion von 2 3/4 Gramm ausgehend gemacht, dazu war der Juwelier nicht in der Lage, weil ich ihm erst gestern dieses Gewicht nannte; denn ich wollte von ihm ja nur das Gewicht und die Qualität des analogen Brillanten festgestellt haben.

Herr Hilcken ist aber von 2 3/4 Gr. ausgegangen und hier scheint ein grosser Irrtum vorzuliegen; denn er selbst gibt als Gewicht für die dünnste Platinkette mit Fassung von 3 Brillanten in der von uns angegebenen Grösse mit 2 3/4 bis 3 Gramm an. Was Herr Hilcken unter Fassung versteht, davon kann sich der wiederum konsultierte Juwelier keinen Begriff machen, weil z.B. der Anhänger, auf den die Brillanten angebracht sind, allein schon ca. 4 Gramm wiegen müßte. Die allerfeinste Platinkette wiegt 2 Gr. Es ist aber fraglich, ob nun eine so hauchdünne Kette verwendet wurde. Das wissen wir nicht. Ebenso wie die Angaben der Grösse der Brillanten vom fachmännischen Standpunkt aus falsch angegeben sind, so besteht die Möglichkeit, dass auch das Gewicht falsch oder oberflächlich festgestellt wurde; denn es waren ja in damaliger Zeit für die Anstellung der Beamten nicht Fachkenntnisse, sondern nur das Parteibuch erforderlich. Das Rohgewicht des 2 3/4 Karat Brill. zusammen mit einer allerdünnsten Platinkette macht schon allein 2.55 Gr. aus und da kann doch unmöglich der Anhänger und die zwei kleinen Brillanten plus Fassung 20 Gramm gewogen haben.

3. Februar 1954







Beigabende Abschrift

Um von uns aus zu wissen, welches nach dem vom Jüdischen Institut für den Wert der Brillanten die Differenz zwischen dem Mindestwert und einem Mindestwert ist, antwortete man mir, dass ich nicht wissen könne, welche Qualität der Schützer der Brillanten, der wert angenommen hat, denn es gibt keinen Brillanten, der noch schlechter wäre als ein anderer."

Ich bitte die vorstehenden Ausführungen dem Sachverständigen Hilcken zugänglich zu machen.

Als dann bin ich mit schriftlicher Entscheidung einverstanden, bitte hierbei jedoch angesichts der offensichtlich vorhandenen Beweisschwierigkeiten auf Artikel 41 Abs. 2 REG verweisen zu dürfen.

Polke

Rechtsanwalt

Beglaubigt:

Rechtsanwalt

"Ich kann wohl verlangen, dass mindestens, was den 2 3/4 Karat Brillanten betrifft, unsere Angabe wegen Größe und Qualität als feststehende Tatsache betrachtet wird. Auch kann erwartet werden, dass Herr Jeweller Hilcken unseren Angaben bepflichtet. der kleinen Brillanten mehr Vertrauen schenkt, auf keinen Fall hat er irgendwelchen Grund zu machen, dass diese beiden kleinen Steine zusammen eine Größe von 1/2 Karat hätten. Die Angaben der Bekanntheit sind missverständlich. Man schreibt nicht 1 grosser und 2 kleine Brillanten, sondern gibt die Größe der Brillanten an. Wir haben nicht unsere Daten durch Rekonstruktion von 2 3/4 Gramm ausgedrückt gemacht, dass war der Zweifel nicht in der Lage, weil ich ihm erst gestern dieses Gewicht nannte; denn ich wollte von ihm ja nur das Gewicht und die Qualität des analogen Brillanten festgestellt haben. Herr Hilcken ist aber von 2 3/4 Gr. ausgegangen und hier scheint ein grosser Irrtum vorzuliegen; denn er selbst gibt als Gewicht für die dünnste Platinette mit Fassung von 3 Brillanten in der von uns angegebenen Größe mit 2 3/4 bis 3 Gramm an. Das Herr Hilcken unter Fassung versteht, davon kann sich der wiederum konsultierte Jeweller keinen Begriff machen, weil a.B. der Anhänger, auf den die Brillanten angebracht sind, allein schon ca. 4 Gramm wiegen dürfte. Die allerfeinste Platinette wiegt 2 Gr. Es ist aber fraglich, ob nun eine so handhabbare Kette verwendet wurde. Das wissen wir nicht. Ebenso wie die Angaben der Größe der Brillanten vom sachmännlichen Standpunkt aus falsch angegeben sind, so besteht die Möglichkeit, dass auch das Gewicht falsch oder oberflächlich festgestellt wurde; denn es waren ja in demselben Zeit für die Anstellung der Beamen nicht Techniken, sondern nur das Parteiloch erforderlich. Das Hochgewicht des 2 3/4 Karat Brill. zusammen mit einer allerfeinsten Platinette macht schon allein 2.55 Gr. aus und da kann doch unmöglich der Anhänger und die zwei kleinen Brillanten plus Fassung 20 Gramm gewogen haben."

Reichsgericht  
Landgericht  
Wiedergutmachungskammer  
WZ 174/53 E  
alle Angaben bitte angeben!  
wird sich (5 W) kann  
Finanzdirektion  
F 229 - BV 413 b -  
WK 1 10000 9. 53. E0708  
Rechtsanwalt



96. 273.54 2p 206

# HILCKEN, JUWELIER, HAMBURG

Uhren, Gold- und Silberwaren, Tafelgeräte und Besteckausrüstungen  
Gegründet 1882

KONTO: NORDDEUTSCHE BANK A.G., HAMBURG  
STENKASSE 7, SPITALERSTRASSE  
12 64 01

HAMBURG 1, den 25. März 1954  
Spitalerstraße 12, Semperhaus

Betrifft: Rückerstattungssache Sally Friedeberg  
1. Wik. 912/52

An Landgericht Hamburg  
1 Wik.

Auf die Einwendungen des Antragstellers v. 3.2.54  
erwidere ich, dass für mich in der Bewertung des Schmuck-  
stückes die Hinweisung in dem Schriftsatz der Oberfinanz-  
direktion v. 13. Oktober 51 als Unterlage diene:  
Ausserdem wurden an das Städtische Leihamt in Berlin abgegeben:  
" 1 Platinhalskette mit goldenem Anhänger 2 3/4 gr mit 1 gr.  
und 2 kleinen Brillanten.

Mit dieser Gewichtsangabe hat das Leihamt das Schmuckstück  
mit den Brillanten zusammen gewogen und das angegebene Gewicht  
von 2 3/4 g. ermittelt. Wie aus der Praxis der vielen Rück-  
erstattungssachen, wo die Unterlagen der Ablieferungsquittungen  
der Ankaufsstellen vorhanden sind, ist bisher festgestellt,  
dass die Gewichte, welche darin angegeben sind ziemlich genau  
stimmen und die Ankaufsstellen haben es auch bei Schmuck stets  
so wie im vorliegenden Fall gemacht, dass sie den Schmuck mit  
den darin enthaltenen Steinen gewogen und als Metallgewicht auf-  
geführt.

Ich kann daher im vorliegenden Fall auch keine andere Stellung  
einnehmen, wie in meinem Gutachten v. 20. Nov. 53 und meiner  
Erwiderung vom 6. Jan 54 zum Ausdruck gebracht.

gez. Otto Hilcken



*Otto Hilcken*

Unglaub.

g  
stizsekretär  
äftsstelle  
gerichts



Rechtskraftig  
v. d. d. 244

Ab. Reg. Fz. 212  
25/5 km

Landgericht Hamburg  
1. Wiedergutmachungskammer.

1 WiK 912/52  
II/Z 2391 -

L(1951)

geprüft!  
K. v. B. d. d. d.  
26.5.54  
R. v. d. d.  
ja d.

2) Festge B e s c h l u ß.

In der Rückerstattungssache

1. Sally F r i e d e b e r g  
Buenos Aires,
2. Adelheid Friedeberg geb. Pessel  
Buenos Aires,
3. Fredy Z a d i k Buenos Aires

Antragsteller,

Bevollmächtigter:

RA. Dr. Heinrich Polke Hamburg, Ness 7 - 9,  
gegen

das D e u t s c h e R e i c h,  
gesetzlich vertreten durch die Freie und  
Hansestadt Hamburg- Finanzbehörde-, diese  
vertreten durch die Oberfinanzdirektion  
Hamburg, Hamburg 13, Hartungstr. 5,  
Az.: F 229 - BV 413 b - ,

Antragsgegner,

24. Mai 1954

Oberfinanzdirektion Hamburg  
BV u. EA

Az.:

Eing.: 22. Mai 1954

Sachgeb.: BV 413 Anl.:

hat die 1. Wiedergutmachungskammer des Landgericht  
in Hamburg nach mündlicher Verhandlung durch  
folgende Richter:

- 1.) Landgerichtsdirektor Dr. Joost,
- 2.) Landgerichtsrat Engelshall,
- 3.) Gerichtsassessor Dr. Schröder

am 12. Mai 1954 beschlossen:

Die Ersatzpflicht des Antragsgegners für  
den Verlust von Gold, Silber- und Schmucksachen  
im Werte von RM 4.895,10 wird unter Abweisung  
weitergehender Feststellungs- und Leistungsan-  
sprüche

Schm.



213  
sprüche zu Gunsten der Antragsteller zu 1) und 2) festgestellt.

Entziehungstage:

für RM 4.491,10 = 4. Juli 1939,

für RM 404,-- = 4. Juli 1940.

Gerichtskosten werden nicht erhoben; außergerichtliche Kosten nicht erstattet.

G r ü n d e:

Die Antragsteller sind jüdischer Abstammung und haben das Reichsgebiet im Jahre 1939 verlassen. Sie haben ihre Wertsachen wie folgt abgeliefert:

a) Gold- und Silbersachen laut Quittung Nr. 980 vom 4. Juli 1939 mit einem Erlös von RM 160.--,

b) Silbersachen laut Quittung Nr. 2821 mit einem Erlös von RM 1.--,

c) Silbersachen laut Aufstellung des Juweliers Hilcken vom 21. April 1939 im Schätzungserlös von RM 40.--. Diese Sachen waren durch den Juwelier Hilcken mit RM 133,30 taxiert worden, (vgl. Anlage 2 zum Schriftsatz vom 20. Oktober 1952).

am 4.7.1939  
d) Nach Berlin/abgelieferte Schmucksachen, und zwar

1 Platin Halskette mit gold. Anhängsel und 3 Brillanten.

Ein Erlös für dieses Stück hat sich nicht feststellen lassen.

Die Antragsteller haben frist- und formgerecht Rückerstattungs-



Rückerstattungsansprüche angemeldet. Die Ersatzansprüche wegen dieser Wertgegenstände werden im vorliegenden und Verfahren nur von den Antragstellern zu 1) und 2) verfolgt ( zu vgl. Sitzungsniederschrift vom 25. Februar 1953, Bl. 9 I. d.A.). Sie verlangen Ersatz für den Verlust dieser Wertsachen, den sie auf einen Gesamtbetrag von RM 14.981.-- angeben. Wegen der Einzelheiten ihres Vorbringens wird auf die Schriftsätze vom 26. Oktober 1952 ( zu vgl. Bl. 36/37 I.d.A.) und vom 8. Mai 1953 ( zu vgl. Bl. 11 ff II.d.A.) Bezug genommen.

Der Antragsgegner hat sich gemäß Schriftsatz vom 25. August 1953 mit der Feststellung seiner Ersatzpflicht in Höhe von RM 1.548,96 einverstanden erklärt.

Gemäß Beschluß vom 25. September 1953 ist ein Gutachten des Juweliers Hilcken über den Wert der am 4. Juli 1939 nach Berlin abgelieferten Platin Halskette mit 3 Brillanten eingeholt worden.

89  
(Zur)

Der Sachverständige hat mit Gutachten vom 20. November 1953 ( zu vgl. Bl. 25 d.A.) den Mindestwert dieses Schmuckstückes am Tage der Entziehung mit RM 3.025.-- angegeben. Wegen der Einzelheiten wird auf das Gutachten Bezug genommen.

Die Antragsteller wenden sich gegen dieses Gutachten mit der Begründung, daß die vom Sachverständigen zugrundegelegte, aus der Ablieferungsbescheinigung ersichtliche Gewichtsangabe nicht stimmen könne. Sie hätten einen Juwelier in Buenos Aires zu Rate gezogen und seien zu dem Ergebnis gekommen, daß der Verkaufspreis für die 3 Brillanten dieser Gewichtsklasse sich auf zusammen DM 3.485.- belaufe, mithin der von ihnen genannte Wert von DM 3.940.- für das ganze Schmuckstück keineswegs zu hoch gegriffen sei. Im übrigen könne nicht der Verkaufspreis zugrundegelegt werden, sondern die Ersatzpflicht des Antragsgegners bestimme sich nach dem Wiederbeschaffungswert.

Der



215

189  
185  
206

Der Sachverständige hat sein Gutachten vom 20. November 1953 durch die Nachträge vom 6. Januar 1954 und 25. März 1954 ( zu vgl. Bl. 29 und 34 d.A.) ergänzt und seine Schätzung näher begründet. Wegen der Einzelheiten wird auf die Äußerungen des Sachverständigen Bezug genommen.

Die Parteien hatten Gelegenheit, in mündlicher Verhandlung die Sach- und Rechtslage zu erörtern.

Der geltend gemachte Anspruch ist in der zuerkannten Höhe begründet. Die Wertsachen der Antragsteller zu 1) und 2) sind durch das Deutsche Reich ungerechtfertigt entzogen worden, wie keiner näheren Ausführungen bedarf. Der Antragsgegner ist daher in Höhe des Zeitwertes der abgelieferten Sachen ersatzpflichtig. Eine Vermutung für den Umfang des durch die Ablieferung der Wertsachen entstandenen Schadens besteht nicht, sodaß die Antragsteller den Beweis für den Zeitwert der Gegenstände, auf den sie in diesem Verfahren Anspruch haben, erbringen müssen. Grundlage für eine Schätzung des Zeitwertes bilden die der Kammer für einen Teil der abgelieferten Wertsachen bekannt gewordenen Schätzungserlöse der öffentlichen Ankaufsstellen. Im Zeitpunkt der Ablieferung der Wertsachen wurde Silber mit einem Betrage bezahlt, der um das 11-fache unter dem Materialwert lag. Der Zeitwert für Gold lag um das 6-fache über den von den Ankaufsstellen gezahlten Erlösen. Hiernach ergeben sich für die im einzelnen abgelieferten Gegenstände folgende Wertberechnung:

16

a) Für die gemäß Quittung Nr. 980 vom 4. Juli 1939 abgelieferten Gold- und Silbersachen im Schätzungserlös von RM 160.- ein vermutlicher Zeitwert von RM 1.600.-. Das Silbergewicht hat 480 g. betragen, das Goldgewicht ist nicht bekannt. Die Kammer nimmt an, daß der Zeitwert für die abgelieferten Gold- und Silbersachen im

Durchschnitt



Durchschnitt den 10-fachen Wert des Schätzungserlöses betragen hat. Demnach ist der Zeitwert für diese Gegenstände auf RM 1.600.- zu veranschlagen.

b) Die in der Quittung Nr.2821 aufgeführten Silbersachen haben danach einen Schätzungserlös von RM 11.-- gehabt.

c) Die im Juli 1940 abgelieferten Silbersachen (zu vgl. die Aufstellung des Juweliers Hilcken vom 21. April 1939) sind auf RM 440.- zu schätzen.

d) Die Schätzung des Zeitwertes der abgelieferten Platin Halskette bereitet erhebliche Schwierigkeiten. Das Schmuckstück ist nicht mehr vorhanden und hat infolgedessen dem Sachverständigen bei der Begutachtung nicht vorgelegen. Mit Recht geht aber der Sachverständige davon aus, daß das in der Ablieferungsbescheinigung angegebene Gewicht der Kette und der Steine zutrifft. Die Schätzung eines Mindestwertes am Tage der Entziehung ist grundsätzlich nicht zu beanstanden. Die Kammer folgt daher dem Gutachten des Sachverständigen Hilcken hinsichtlich dieser Wertschätzung. Es ist gerichtsbekannt, daß insbesondere die Schätzung von Edelsteinen, wie Brillanten, ohne Augenscheinseinnahme praktisch nicht möglich ist; denn das Gewicht ist für den Wert der Edelsteine nicht allein ausschlaggebend. Es kommt eine Reihe von Faktoren, wie z.B. die Lupenreinheit und der Schliff, hinzu, die nur durch eine gründliche Augenscheinseinnahme zuverlässig festgestellt werden können. Dem Sachverständigen stehen derartige Untersuchungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung. Andererseits berücksichtigt die Kammer, daß die Antragsteller ohne ihr Verschulden den Besitz des Schmuckstückes verloren haben und die Unmöglichkeit einer genauen Schätzung des



217

des Wertes der Kette in diesem Verfahren auf der Entziehungshandlung des Deutschen Reiches beruht. Trotzdem ist dem Sachverständigen im Ergebnis, wie auch in der überzeugenden Begründung allen Umfanges zu folgen. Für die Kette mit Brillanten ist daher ein Wert von RM 3.025.- als Zeitwert einzusetzen.

Danach ergibt sich, daß der Wert der abgelieferten Gold-, Schmuck- und Silbersachen insgesamt

Goldsachen und Silbersachen (Quittung Nr. 980)	RM 1.600.-
Silbersachen (Quittung Nr. 2821)	RM 11.-
Silbersachen (laut Aufstellung Hilcken)	RM 440.-
Platin Halskette	RM 3.025.-
	RM 5.076.-

Bl 16  
Bl 17  
Bl 13  
Bl 189 - 206

betragen hat. Hiervon müssen sich die Antragsteller zu 1) und 2) die ausgezahlten Erlöse anrechnen lassen.

Diese haben für die zu a)/c) genannten Gegenstände

RM 180,90 betragen. Die Ersatzpflicht des Deutschen

Reiches beläuft sich demnach auf RM 4.895,10. In dieser Höhe war die Ersatzpflicht des Antragsgegners festzustellen.

Leistungsansprüche gegen das Deutsche Reich bestehen nicht. Die von den Antragstellern zu 1) und 2) abgelieferten Gold-, Schmuck- und Silbersachen sind nicht mehr vorhanden, sodaß die gleichen Stücke nicht zurückgegeben werden können. Der Verlust dieser Wertsachen beruht auf schuldhaften Verwaltungsmaßnahmen des Antragsgegners. Es besteht aber im vorliegenden Verfahren nach der ständigen Rechtsprechung des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg, wie beider Wiedergutmachungskammern keine Verpflichtung



Hamburg 35, den 17.8. 1953

-7-

Verpflichtung des Deutschen Reiches zur Leistung gleichwertiger Wertsachen oder eines auf DM lautenden Geldbetrages. Das Rückerstattungsgesetz ermöglicht lediglich die Feststellung der Ersatzpflicht des Antragsgegners, wobei auf den Zeitpunkt des Verlustes der Vermögensgegenstände, im vorliegenden Fall der abgelieferten Gold-, Schmuck- und Silbersachen, abzustellen ist. Insoweit ist den Antragstellern gegen das Deutsche Reich ein Schadenersatzanspruch erwachsen, der seinem Inhalt nach auf einen RM-Betrag gerichtet ist. Die Umstellung dieses RM-Betrages in DM bzw. die Erfüllung des hier festgestellten Anspruchs ist weder im Rückerstattungsgesetz, noch im Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. September 1953 (BGBl. I S. 1387 ff) geregelt. § 14 des 3. UG zum Währungsgesetz hat die Umstellung der RM-Verbindlichkeiten des früheren Deutschen Reiches jedoch einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung vorbehalten. Außerdem steht das Kriegsfolgeschlußgesetz noch aus. Es ist nicht Aufgabe der Gerichte, einer gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Erfüllung der hier festgestellten Ansprüche vorzugreifen. Der Anspruch der Antragsteller zu 1) und 2) bleibt daher auf einen Feststellungstitel beschränkt.

Hiernach rechtfertigt sich die getroffene Entscheidung mit der Kostenfolge aus Art. 63 REG in Verbindung mit § 7 der 2. AVO zum REG.

Joost, Dr.

Engelschall

Dr. Schröder.



Für richtige Ausfertigung:

*Kohn*

Just. Insp. Anger

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



24. August 1954

die  
Wiedergutmachungskammer  
Landgericht in  
Hamburg

HB/MS - Reg.-Nr. 1106

In der Rückerstattungssache

Jewish Trust Corporation  
for Germany Ltd. London  
(Verf. Salli Friedeberg)

./.

Deutsches Reich

- 1 WiK 261/54 -

bestätigen wir den Eingang des dortigen Schreibens vom 20.8.1954 und danken für die Übersendung der Abschrift des Beschlusses des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 18.3.54 zum Aktenzeichen: 5 Wis 658/53 ( 1. WiK 174/53 ).

Unsere Rückerstattungsantrag bezügl. des Hausrats mit einem Nettoversteigerungserlös in Höhe von RM 63.198,61 haben wir bereits mit einem Schreiben vom 22.10.1951 zurückgenommen, da gem. Mitteilung des Wiedergutmachungsamtes Hamburg vom 16.10.51 eine fristgerechte Individualanmeldung vorlag. Später hat dann die Oberfinanzdirektion Hamburg in unserem Verfahren Salli Friedeberg betr. Hausrat mit einem Nettoversteigerungserlös von RM 9.583,77 ( uns. Reg.-Nr. 2763, WGA Az. III/Z 9813-1- ) erklärt, dass die Individualanmeldung sich auf den Hausrat mit dem Nettoerlös von RM 9.583,77 und nicht auf den Hausrat mit einem Nettoerlös von RM 63.198,61 bezieht. Wir haben dagegen mit einem Schriftsatz vom 17.2.1954 in dem Verfahren II/Z 9813-1- ( uns. Reg.-Nr. 2763 ) ausgeführt, dass wir unseren Rückerstattungsantrag bezügl. des Hausrats mit einem Erlös von RM 9.583,77 zurücknehmen, wenn insoweit eine Individualanmeldung vorliegen sollte und ferner erklärt, dass wir dann das Verfahren bezügl. des Hausrats mit dem Nettoversteigerungserlös von RM 63.198,61 wieder aufnehmen müssten, da die Rücknahme unseres diesbezügl. Antrags unter falschen Voraussetzungen erfolgt sei. Sollte nun die Entscheidung im Individualverfahren bezügl. des Hausrats mit einem Nettoerlös von RM 63.198,61 rechtskräftig werden, so sehen wir keine Veranlassung, das für uns bereits abgeschlossene Verfahren wieder aufzunehmen. Es wird dann lediglich das Rückerstattungsverfahren bezügl. des Hausrats mit dem Nettoerlös von RM 9.583,77 ( uns. Reg.-Nr. 2763, WGA Az. II/Z 9813-1- ) weitergeführt, da insoweit keine Individualanmeldung vorliegt.

Im Übrigen beziehen wir uns auf unseren Schriftsatz vom 17.2.54 zum WGA-Aktenzeichen II/Z 9813-1-.

2 Durchschriften

Für Dr. Landsberg  
Regional Manager

i./V. gez.

(Dr. F. Muellerheim)

3. Beim Bezug  
bezeichnen,  
erlaubnisse  
4. Die Spalten  
5. Zur Bestand  
ermittelte ist  
rechnen.



228

Auszugsweise Abschrift aus der

Gestapoliste 2 Teil 1 Seite 28.

<u>Datum</u>	<u>Einzahler</u>	<u>wegen</u>	<u>Betrag</u>
.	.	.	.
.	.	.	.
.	..	.	.
10.4.42	Wilhelm Wehling	Salli Friedeberg	Rm.63.198,61
.	.	.	.
.	.	.	.
.	.	.	.

Für die Richtigkeit  
der Abschrift:

*Krug* *Ky. J. J.*

*v*

*248*

*6. 20/1. 55.*

.....  
darauf, dass das Versteigerungsprotokoll auf den Namen Salli  
Friedeberg lautet, nur dieser als Antragsteller in Betracht  
käme. Er sei damit verbunden, dass das Aktivrubrum ent-



Wiedergutmachungsamt  
Landgericht Hamburg  
II/Z 2391

Beim Landgericht Hamburg  
II/Z 2391  
Bitte bei allen Eingaben angeben!

Hamburg 36, den 23. Februar 1955.  
Sievekingplatz 1 (Anbau) Zimmer 837a  
Fernsprecher: 35xxxx 35 10 91

# Protokoll.

In der Rückerstattungssache

Anwesend :  
Amtsgerichtsrat Fürstenau  
als Verhandlungsleiter,  
Schulz, Just.Angest.  
als Protokollführerin

des Sally Friedeberg, Buenos Aires

Antragsteller

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr.Heinrich  
Polke, Hbg., Ness 7-9

gegen

Oberfinanz	Hamburg
Ev. u. BA	
Az:	26. Feb. 1955
Eing.:	24. FEB. 1955
Schgeb.:	413
Anl.:	

Das Deutsche Reich, gesetz-  
lich vertreten durch die Freie und Han-  
sestadt Hamburg -Finanzbehörde- diese ver-  
treten durch die Oberfinanzdirektion Hambg.  
Hamburg 13, Hartungstr.5 -F 229-BV 413b-

Antragsgegner

erschienen :

1. für den Antragsteller: RA.Dr.Polke
2. für den Antragsgegner: Herr Kuhfuss

Der Vertreter der Antragsteller erklärte, dass mit Rücksicht  
darauf, dass das Versteigerungsprotokoll auf den Namen Sally  
Friedeberg lautet, nur dieser als Antragsteller in Betracht  
käme. Er sei damit einverstanden, dass das Aktivrubrum ent-  
sprechend geändert würde.

B.u.v.:

Das Aktivrubrum wird wie obenstehend geändert.



Die Sach- und Rechtslage wurde besprochen.

Der Vertreter des Antragsgegners berief sich insbesondere auf seinen Schriftsatz vom 6. Februar 1954 -Bl. 33 u. 34 d.A.-. Aus den in diesem Schriftsatz enthaltenen Angaben ergäbe sich eindeutig, dass es sich bei dem Versteigerungserlös von RM 63.198,61 nicht um den Erlös der Versteigerung der Gegenstände des Antragstellers gehandelt habe, sondern das Umzugsgut von Wilhelm Sonnenfeld (Az. 1 WiK 508/54).

Das Wiedergutmachungsamt stellte an Hand der Akte 1 WiK 508/54 fest, dass hier Gegenstand des Verfahrens ein Versteigerungserlös von etwa RM 48.000.-- ist. Es ist daher der Ansicht, dass es mit den hier in Frage stehenden Versteigerungserlösen nichts zu tun hat.

Aber auch abgesehen davon, ist das Wiedergutmachungsamt der Meinung, dass mit Rücksicht auf das in der Anmeldung erhaltene Gewicht in Höhe von 7208 kg, das mit dem Protokoll des Gerichtsvollziehers Bobsien vom 30.7.1941 übereinstimmt, der Erlös für die Hausratsgegenstände des Antragstellers insgesamt RM 11.290,20 beträgt. Es kann für den Antragsteller daher dahingestellt bleiben, für welche Gegenstände ein Erlös von über RM 63.000.-- erzielt worden ist.

Mit Rücksicht auf diesen Tatbestand schlägt das Wiedergutmachungsamt den Parteien vor, sich in der Weise zu verständigen, dass festgestellt wird, dass der Antragsgegner verpflichtet ist, dem Antragsteller Schadensersatz wegen Umzugsgut in Höhe von RM 26.000.-- zu leisten.

Für den Fall des Vergleichsabschlusses erklärt sich der Antragsgegner -vorbehaltlich der Genehmigung des Bundesministers der Finanzen- damit einverstanden, dass dieser festgestellte Reichsmarkbetrag einem Wiederbeschaffungswert von DM 26.000.--, unter Berücksichtigung eines Abwerts für neu, entspricht.

B.u.v.:

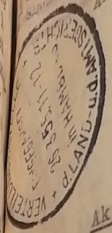
- I. Den Parteien wird Gelegenheit gegeben, auf den Vergleichsvorschlag des Amtes innerhalb 6 Wochen Stellung zu nehmen.
- II. Sobald die übereinstimmenden Erklärungen der Parteien vorliegen, soll ein Termin zum Abschluss eines Vergleiches vor dem Amt anberaumt werden.
- III. Erklärt eine der Parteien, dass sie mit dem Vergleichsvorschlag nicht einverstanden ist, wird die Sache umgehend an die Wiedergutmachungskammer abgegeben.

Fürstenau

Schulz

Dr. 186

12



Aktenzeichen  
In der Rücken

bitte ich die  
Erklärungsfrist  
verlängern, d  
stellers zu  
die lange Pos  
möglich ist.  
Ferner bitte  
darüber herbe  
versteht und  
bei dem Netto  
ich auch ein  
daß er grund  
machungsamt  
zinsliches D  
mit dem endg  
wird.

Beglaubigt:  
Rechtsanwalt



Wiedergutmachungsamt  
im Landgericht Hamburg  
II/Z 2391

Einzelchen:  
Bitte bei allen Eingaben angeben!

24a) Hamburg 36, den 3. Juni 1955.  
Sievekingplatz 1 (Anbau) Zimmer 837a  
Fernsprecher: 3030X 35 10 91

Protokoll.

Anwesend:

Amtsgerichtsrat Fürstenau  
als Verhandlungsleiter,  
Schulz, Just. Angest.  
als Protokollführerin

In der Rückerstattungssache

des Sally Friedeberg, Buenos Aires,

Antragsteller

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Heiner Polke,  
Hamburg, Nees 7-9,

Oberfinanzdirektion Hamburg  
BV u. EA

Az.:

Eing.:

7. JUNI 1955

- 8. Juni 1955

gegen

Schreib.:

413 Amt. -

das Deutsche Reich, gesetzlich ver-  
treten durch die Freie und Hansestadt Hamburg  
- Finanzbehörde - diese vertreten durch die Ober-  
finanzdirektion Hamburg, Hamburg 13, Hartungstr. 5  
- F 229 - BV 413 b -

Antragsgegner

erschienen:

- 1.) für den Antragsteller: RA. Dr. Polke
- 2.) für den Antragsgegner: Herr Sillem

Vollmacht des Antragstellers auf Rechtsanwalt Dr. Heinrich Polke  
hat vorgelegen (s. Bl. & d. A. 1 WiK 912/52)

Die Parteien schlossen zur Erledigung des Verfahrens den in Kurz-  
schrift aufgenommenen Vergleich, der vorgelesen und genehmigt  
wurde.

Die Übertragung ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Fürstenau

Schulz

Für richtige Ausfertigung:



als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.  
Just. Angest.





24/2

Anlage zum Protokoll vom 3. Juni 1955

in der Sache

Friedeberg

./.

Deutsches Reich

II/Z 2391

V e r g l e i c h .

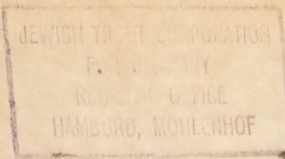
- I. Das Deutsche Reich ist verpflichtet, wegen Umzugsguts Schadensersatz gemäss Art. 26, II REG. in Höhe von  
DM 26.000.--  
(i.W.: Sechszwanzigtausend Deutsche Mark)  
zu leisten.
- II. Die Erfüllung dieser Verbindlichkeit richtet sich nach der künftigen gesetzlichen Regelung.
- III. Aussergerichtliche Kosten werden gegeneinander aufgehoben.

Für die Richtigkeit der  
Übertragung aus dem Stenogramm:

Schulz ,Justizangestellte  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Untersuchungsamt  
Bericht in  
11.6



202

14. September 1953

HB/MS - Reg.-Nr. 2763

In der Rückerstattungssache

Jewish Trust Corporation  
for Germany Ltd. London  
(Verf. Sally Friedeberg)

./. Deutsches Reich

haben unsere Ermittlungen folgendes ergeben:

Das Umzugsgut der Verfolgten wurde am 30.7.1941 durch den Gerichtsvollzieher Bobsien versteigert. Der Bruttoerlös betrug 11.290,20 RM. Wir überreichen in der Anlage eine Abschrift des entsprechenden Versteigerungsprotokolls. Die Oberfinanzdirektion hat bereits eine Durchschrift von uns erhalten.

Es wird beantragt, zu erkennen:

Es wird festgestellt, dass

- 1.) das Deutsche Reich dem Antragsteller gemäss Art.26 (2) des Gesetzes Nr. 59 der Brit.Mil.Reg. Schadensersatz zu leisten hat für die Entziehung von Umzugsgut,
- 2.) die Gegenstände am 30.7.1941 entzogen worden sind,
- 3.) der Bruttoversteigerungserlös 11.290,20 RM betrug.

Für Dr. Landsberg  
Regional Manager

1./V.

gez. (Dr. Muellerheim)

2 Durchschriften

1 Anlage



Abschrift

Oberfinanzdirektion Hamburg

F 229 - BV 413 b -

An das  
Wiedergutmachungsamt beim  
Landgericht Hamburg

H a m b u r g 36  
Sievekingplatz

Betr.: Rückerstattungssache Jewish Trust Corporation  
an Stelle von Sally Friedeberg - Reg.Nr. 2763  
gegen  
Deutsches Reich

Bezug: Dort. Schreiben vom 29.9.1953 Az. : II Z 9813 - 1 -

Zu dem Antrag gemäß Bezugsschreiben wird wie folgt Stellung genommen :

Umzugsgut

Bei Prüfung der hiesigen Aktenunterlagen wurde festgestellt, daß Herr Sally Friedeberg seine Wiedergutmachungsansprüche wegen der zur Versteigerung gelangten 2 Lifts mit Umzugsgut (7208 kg) am 29.Aug.1950 unter dem Aktenzeichen: II Z 2391 (Anspruchsschreiben: Anl.1, Position 9) selbst geltend gemacht hat.  
Der Rückerstattung hier wird deshalb widersprochen.

Im Auftrag  
gez. Kuhfuss



Kanzleiangewollte



Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg

II/Z 9813-1-  
Bitte bei allen Eingaben angeben!

An die  
Oberfinanzdirektion Hamburg  
Hamburg 13  
Hartungstr. 5

Hamburg 36, den 2. Dezember 1953  
Sievekingplatz 1 (Anbau) Zimmer 837a  
Fernsprecher: 354731  
Jm./La. xxx 35 10 91

Oberfinanzdirektion Hamburg	
Az.: 4/3	Dr. u. EA
Eing.: 3. DEZ. 1953	
Schgeb.: 8.1.1954	Aph: 1953

Betr.: Rückerstattungssache Jewish Trust Corporation an Stelle von  
Sally Friedeberg, Reg.Nr. 2763 -  
Bezug: dort. Schreiben vom 12.11.1953 - F 229 - BV 413 b -

Unter Bezugnahme auf das obige Schreiben wird mitgeteilt,  
dass es sich bei den von Ihnen erwähnten Rückerstattungs-  
sachen II/Z 2391 Sally Friedeberg um Umzugsgut (Verstei-  
gerungserlös RM 63.198.61) handelt, welches lt. Ihrem Schrei-  
ben vom 10.10.1950 Pos. 9 von der Firma W. Wehling ver-  
steigert wurde.

Die Jewish Trust Corporation hatte unter dem Aktenzeichen: II/Z  
10049 diesen Anspruch geltend gemacht, das Verfahren hierüber  
wurde jedoch nicht eröffnet, da die ITC den Anspruch wegen  
der vorliegenden Individualanmeldung in II/Z 2391 zurückge-  
nommen hat.

Bei dem in der Akte II/Z 9813-1- von der ITC geltend ge-  
machten Anspruch handelt es sich um Versteigerungsgut  
(RM.9.583.77), welches lt. der Abrechnung durch den Gerichts-  
vollzieher Bobsien versteigert wurde.

Es wird um Überprüfung und erneute Stellungnahme gebeten.

Im Auftrage:

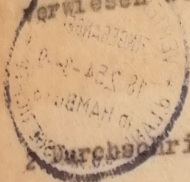
*Jachmann*  
(Jachmann)  
Sachbearbeiter

*L. ch. A.*  
*Ja. 9.2.54*



207

Damit die Sachlage nunmehr geklärt werden kann, bitten wir, die Verfahren III/Z 9813-1- (uns. Reg.-Nr. 2763) und III/Z 10049 (uns. Reg.-Nr. 1106) miteinander zu verbinden und an die Wiedergutmachungskammer zu verweisen. Es wird zweckmässig sein, diese Verfahren dann wiederum mit der Individualsache zu verbinden, sobald diese von dem Oberlandesgericht wieder an die Kammer zurückverwiesen worden ist.



Durchschriften

Fr Dr. Landsberg  
Regional Manager

1./V.

Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg  
Hamburg 36

gez.

( Dr. Muellerheim )

Hamburg 36, den 22.2.1954

Aktenzeichen: II/Z 9813-1-

An die

Oberfinanzdirektion Hamburg

Hamburg 13

Hartungstr. 5



25. Feb. 1954

dort. Aktenzeichen: F 229 - BV 413 b -

zur Kenntnis- und Stellungnahme übersandt.

Auf Anordnung:

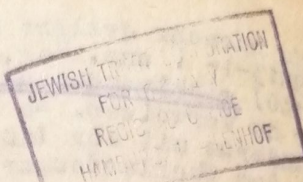
Justizangestellter

v  
700

6. 27. 54



An das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht in  
H a m b u r g



HB/MS - Reg.-Nr. 2763

In der Rückerstattungssache

Jewish Trust Corporation  
for Germany Ltd. London  
(Verf. Sally Friedeberg,  
fr. Hamburg)

Deutsches Reich

- II/Z 9813 - 1 -

wird der Eingang des Schreibens des Antragsgegners vom 6.2.1954  
nebst Anlage bestätigt.

Unsere Anmeldung vom 3.1.1951 in dieser Sache bezieht sich auf  
das Unzugsgut, welches seinerzeit durch den Gerichtsvollzieher  
Bobsien verwertet wurde und einen Nettoerlös in Höhe von  
9.583,77 RM erbrachte.

Unter unserer Reg.-Nr. 1106 - WGA- Aktenzeichen III/Z 10049 -  
haben wir noch eine weitere Anmeldung anstelle von Sally Friede-  
berg vorliegen. In diesem Falle wurde das Unzugsgut durch den  
Auktionator Wehling versteigert. Der Nettoerlös betrug 63.198,61 RM.  
Diesen Antrag haben wir jedoch zurückgenommen, da uns das Wie-  
dergutmachungsamt durch ein Schreiben vom 16.1.1951 mitgeteilt hat,  
dass unter dem Aktenzeichen II/Z 2391 eine fristgerechte Indivi-  
dualanmeldung vorliege. In dem Individualverfahren ist dann unter  
Zugrundelegung der Tatsache, dass der Versteigerungserlös 63.198,61  
betrug, eine entsprechende Entscheidung ergangen. Das Verfahren  
schwebt zur Zeit beim Hanseatischen Oberlandesgericht unter dem  
Aktenzeichen 5 Wis 658/53. Die Oberfinanzdirektion hat nunmehr die  
Hebung dieses Beschlusses mit der Begründung beantragt, dass die  
Entscheidung unter falschen Voraussetzungen ergangen sei. Und es  
soll nach der Ansicht des Antragsgegners irrtümlich davon ausge-  
gangen worden sein, dass der Versteigerungserlös 63.198,61 RM betrug.  
Die Individualanmeldung soll sich vielmehr lediglich auf das  
Unzugsgut beziehen, das einen Versteigerungserlös in Höhe von  
9.583,77 RM erbrachte.

Wenn die Ansicht der Oberfinanzdirektion zutrifft, werden wir  
Antrag selbstverständlich zurückziehen. In diesem Falle wäre  
die Rücknahme unseres Antrags in dem Verfahren III/Z 10049  
des Hausrats mit einem Versteigerungserlös von 63.198,61 RM  
Unrecht erfolgt. Wir würden daher dieses Verfahren wieder auf-  
heben müssen.

Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht in  
H a m b u r g

HB/MS

In der R

Jewish Trust Corporation  
for Germany Ltd. London  
(Verf. Sally Friedeberg,  
fr. Hamburg)

wird der Eingang des Schre  
nebst Anlage bestätigt.

Unsere Anmeldung vom 3.1.1  
das Unzugsgut, welches sei  
Bobsien verwertet wurde un  
9.583,77 RM erbrachte.

Unter unserer Reg.-Nr. 110  
haben wir noch eine weiter  
berg vorliegen. In diesem  
Auktionator Wehling verst  
Diesen Antrag haben wir j  
Wiedergutmachungsamt durch ein  
dass unter dem Aktenzeich  
anmeldung vorliege. In de  
Zugrundelegung der Tatsac  
betrug, eine entsprechende  
schwebt zur Zeit beim Ha  
Aktenzeichen 5 Wis 658/5  
Hebung dieses Beschlusse  
Entscheidung unter falsc  
soll nach der Ansicht de  
gen worden sein, dass de  
Die Individualanmeldung  
Unzugsgut beziehen, das  
9.583,77 RM erbrachte.

Wenn die Ansicht der Ober  
Antrag selbstverständli  
die Rücknahme unseres A  
des Hausrats mit einem  
Unrecht erfolgt. Wir wü  
müssen.



JEWISH TRUST CORPORATION FOR GERMANY

Muelheim/Ruhr, Friedrichstraße 62

Oberfinanzdirektion Hamburg

BV u. BA

Ak.: 18. SEP. 1957

Eing.: 32

Sachgeb.: 32

Datum:

Unser Zeichen: Reg.No.2763

Ihr Zeichen: II/Z 9813 - 1 -

Anmeldung vom: 3.1.51

Ergänzung vom:

erfolgt: Sally Friedeberg, fr. Hamburg

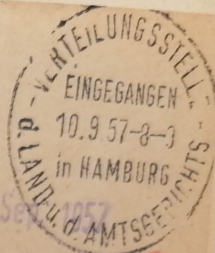
Gegenstand: RM 9.583,77 Eingänge von Auktionatoren und Spediteuren

Wir nehmen diese Anmeldung gemäß dem Globalabkommen mit dem Bundesminister der Finanzen zurück.

JEWISH TRUST CORPORATION  
for Germany

Abschrift an:

Oberfinanzdirektion F 229/BV 413 b C/12382  
Zentralamt für Vermögensverwaltung



*Dr. Finger*



Vorblatt zu R 229

Schädigte(r):  
(lt. Beschluß)

Berechtigte(r):  
(lt. Beschluß)

Antragsgegner: D.R.

Friedberg, Sally

(9.9.59)  
verstorb. Sept 59  
nach Kriegst. d. l.

mit A  
2 Erben

Erhobene Rückerstattungsansprüche: (Zutreffendes unterstreichen)  
Grundstück(e)-Nutzungen

Bankguthaben

Wertpapiere

Mobilien und Hausrat

Kunstgegenstände

Geld, Silber, Schmuck

Judenvermögensabgabe

Transfer

Andere Abgaben (

Sonstige Ansprüche (

Hypothek(en)-Zinsen-Forderungen

Bekleidung, Wäsche

Bücher

Reichsfluchtsteuer

Abgaben an. RVdJ

1. Antrag

zurückgenommen (Bl.: 36) rechtskräftig zurückgewiesen (Bl.:

2. Rechtskräftige Feststellungs- od. Leistungsbeschlüsse:

Pfändungen:

Zessionen:

Blatt:

Abtretungen an  
Land gem. §§ 60  
bzw. 130 des BEG  
Blatt:

WgK vom 195

Bl.:

"

"

WgK vom 195

Bl.:

"

"

OLG vom 195

Bl.:

"

"

ORG vom 195

Bl.:

"

3. Vergleich vom



39 REG:

Blatt

Finanzdirektion Hamburg  
EV 41/412

V f g

Hamburg, den  
Kü/L  
Rückerstattungs-  
Magdalenenstr. 64

An das  
Wiedergutmachungsamt beim  
Landgericht Hamburg

Hamburg 36  
Sievekingplatz

Geschrieben 729.858  
Gelesen  
Abgesandt 1. SEP 1958

(mit zwei begl. Durchschriften)

In der Rückerstattungsache

Z 20 678 -2-

Friedeberg  
(Rae.Dr.Samson pp)

Deutsches Reich  
(OFD Hamburg)

wird dem Rückerstattungsanspruch wegen Entziehung von  
Umzugsgut widersprochen.

Der Antragsgegner verweist auf das unter dem  
Aktenzeichen II Z 2391 bereits anhängig gewesene Rücker-  
stattungsverfahren. In diesem Verfahren ist über das entzogene  
Umzugsgut bereits rechtskräftig entschieden worden.

Die in der Rückerstattungsanmeldung des Antragstellers  
vom 15.11.1957 erwähnte Versteigerung des Auktionators  
Wenling mit einem Versteigerungserlös von RM 198,61 betrifft  
nicht den Antragsteller dieses Verfahrens, <sup>63.</sup> ~~sondern~~ <sup>sondern</sup> ~~da der ver-~~  
~~zeichneten Sache handelt es sich zwar auch um einen Salli~~  
Friedeberg, dessen letzter Wohnsitz ~~jedoch~~ <sup>sondern</sup> Haynstraße 5,  
gewesen ist. Das Versteigerungsprotokoll Wenling <sup>F</sup> noch  
vorhanden und könne auf Anforderung vorgelegt werden. Es  
wird beantragt,

den Rückerstattungsanspruch als  
unbegründet abzuweisen.

2.) z.d.A.

Im Auftrag

*J.*  
(Schriftl.)  
Finanzassessor

Friedrich Altmann  
Dr. Friedrich Altmann  
Friedrich Altmann



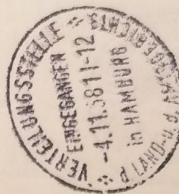
Dr. M. SAMSON  
HANS SEIDL  
H. H. MICHELSEN  
RECHTSANWÄLTE  
Bankkonto: Deutsche Bank AG., Hamburg  
Postbankkonto: Hamburg 4171  
(beide unter Dr. M. Samson & Seidl)

# Beglaubigte Abschrift

HAMBURG 1,  
Mönckebergstr. 13  
Fernruf: 32 71 87  
33 44 79

den 3. November 1958  
S./Wl.

An das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg



- 2 20 678 -2- -  
=====

WIEDERGUTMACHTUNGSAMT BEIM  
LANDGERICHT HAMBURG

In der Rückerstattungssache

Anzeichen: 2 20 678

An die  
Oberfinanzdirektion Hamburg

Sally Friedeberg

/RAe. Dr. M. Samson, Seidl & Michelsen/

229 - BV 41/412

gegen die richterliche Verfügung erhalten die beiliegenden  
Durchschlag zur Nachschau

das Deutsche Reich

- Oberfinanzdirektion Hamburg -

erklärt der Antragsteller, daß der Versteigerungserlös nicht RM 23.198.61, sondern RM 63.198.61 war und daß sich sein letzter Wohnsitz in Hamburg, Haynstraße 5 befunden hat.

Der Vergleich in Sachen II Z 2391 ist allerdings rechtskräftig.

Endgültige Erklärungen müssen vorbehalten bleiben.

Für richtige Abschrift

Der Rechtsanwalt :

Der Rechtsanwalt

gez. Seidl

( Seidl )



# Beglaubigte Abschrift

HANS SEIDL  
H. H. MICHELSEN  
RECHTSANWÄLTE

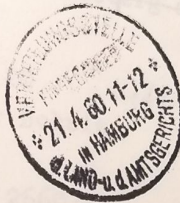
Büro: Deutsche Bank AG., Hamburg  
Führungsstelle: Hamburg 138 62  
(beide unter Seidl & Michelsen)

HAMBURG 1,  
Mönckebergstr. 13  
Fernruf 32 71 87  
33 44 79

den 20. April 1960  
S./Wi.

An das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg

- 2 20 678 -2- -



In der Rückerstattungssache

Sally Friedeberg  
/RAe. Seidl & Michelsen/

gegen

das Deutsche Reich  
- Oberfinanzdirektion Hamburg -

bitte ich, davon Kenntnis zu nehmen, daß der  
Antragsteller im September 1959 verstorben ist.

Für richtige Abschrift

Der Rechtsanwalt :

Der Rechtsanwalt

gez. Seidl

( Seidl )



Hamburg 13, den 3. Juni 1960  
Dk/Nö

V f g .

Vermerk

48 liegen 2 B. / zugewandt 40/2 an.  
Beim Amt sind 2 Verfahren Sally Friedeberg anhängig.

1) F 229

Versteigerungserlös: RM 11.290,20

Auktionator: Gerichtsvollzieher Bobsien

Spediteur: Keim, Krauth & Co.

Gestapo-Nr.: Tgb.-Nr. II B 2 - 2660/41

2) F 383

Versteigerungserlös: RM 67.824,-- (netto: RM 63.198,61)

Auktionator: Wilhelm Wehling

Spediteur: Kühne & Nagel

Gestapo-Nr.: 2 B II - 4810/48

x / Grundlage: Güteramt  
RM 11.290,20

Dem Antragsteller in F 229, der nach eigenen Angaben in der Lehnhartzstraße 11 gewohnt hat (Bl. 2 UA 3), ist bereits durch Vergleich vom 3.6.1955 (Bl. 241 UA 1) ein Schadensersatzbetrag in Höhe von RM 26.000,--<sup>x</sup> zugesprochen worden. Mit Anmeldung vom 15.11.1957 (Bl. 2 UA 3) macht er auch Schadensersatzansprüche aus dem Versteigerungserlös von RM 63.198,61 (brutto RM 67.824,-- ) geltend.

Auf unseren Hinweis, daß sich die letztgenannte Versteigerung auf einen Sally Friedeberg, früher Hamburg, Haynstraße 5, bezieht (Bl. 2 UA 2), erklärt der Bevollmächtigte des Antragstellers, daß der letzte Wohnsitz des Erblassers Haynstraße 5 gewesen sei (Bl. 4 UA 4). Es läßt sich nicht feststellen, ob beide Versteigerungserlöse einen Geschädigten betreffen. Folgendes spricht dagegen:

1) Es ist nicht anzunehmen, daß das Umzugsgut einer Person von verschiedenen Versteigerern und von verschiedenen zu Zeitpunkten versteigert worden ist, die 8 Jahre auseinander liegen (Bl. 24 LA F 229 und Bl. 7 LA F 383).

2) Bei der Versteigerung vom RM 67.824,-- war die Firma



x) er trauet  
die Kraken nach  
ja nicht auf versch.  
zu verheilen. In  
bereits dann bis  
übergeben ha

te geprüft werden,  
selben *Urschadstoffe*  
intragetelle

Es müsste an Hand der Devisenakte geprüft werden,  
ob es sich bei F 229 und F 383 um denselben Antragsteller  
handelt.

9. JUNI 1968

- Sally Fri  
(RAe. Sei

wird gebe  
Verfahren  
der Erbla  
3.5.1887  
meldung w

In der Rückerstattungssache

Z 20 678-2-

Deutsches Reich  
( OFD Hamburg )

Tally finding English

~~wird gebeten, die dem Amt mit Schriftsatz vom 20.7.1991  
zum Az.: Z 20 678 - 1 - übersandten Devisenakten des Erblas-  
sers (R/5 968/3\_ und Auswanderer Vorgang) dem Antragsgegner  
erneut zur Einsichtnahme zu überlassen. Alsdann wird erneut  
Stellung genommen werden.~~

Die Gerichtsvollzieherakte Bobsien bleibt zunächst bei der  
 OFD-Akte. per d. d. 3. 5. 87

~~WV nach Erledigung von 3)~~  
~~spätestens 6.7.1960~~

Im Auftrag

zdA.

( Sarfert )  
Regierungsassessor

D. 3.6.60

27. JUNI 1960



Abschrift

13

SENAT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

Staatsarchiv  
34 - 1.

den 21. Juli 1960.

An das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg  
Hamburg 36.  
Sievekingplatz 1 (Altbau) Z. 419a

Zu Akt.Zch.: Z 20678 -2-  
Betr.: Rückerstattungssache Erben nach Sally Friedeberg  
./ Dt.Reich.

Auf das Schreiben vom 15.7.1960 wird mitgeteilt, daß Herr Sally Friedeberg, geb. am 3.5.1887, lt. Karteikarten Nr. 10813 und 10044 der Deutsch - Israelitischen Gemeinde in Hamburg hier wie folgt wohnhaft war:

Wilsterstr. 77 a,  
Klosterallee 25,  
Schäferkampsallee 9 bei Zadik,  
Loogestieg 13,  
Lenhartzstr. 11,  
Haynstr. 5 bei Bandmann,  
Verzug nach Uruguay im September 1939.

Die Umzugsdaten sind leider nicht vermerkt.

I.A.

gez. Köttsch  
(Köttsch) B.A.



Für die richtige Abschrift:

*Handwritten signature*

Justizangestellte  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Oberrichtungsstelle Hamburg  
- 222 - UA 4 - BV 44/441 -

Hamburg 13, den  
Ja/Scha.

Aug. 1960

3.9. 7.9.9.

Vermerk:

Antragsteller  
Der Erblasser hat zusammen mit seiner Ehefrau und dem Stiefsohn  
Erlös laut Anmeldung vom 11. 12. 1948 Umzugsgut im Gewicht von  
7.208 kg und im Schätzwert von 80.000,-- RM geltend gemacht.  
Da in den Hamburger Unterlagen damals angeblich nur ein Erlös  
unter dem Namen Sally Friedeberg in Höhe von 68.824,-- RM  
(netto 63076,53 RM, Auktionator Wehling lt. Protokoll) vorlag  
und der Erlös der Schätzung des Erblassers nahe kam, hat der  
Antragsgegner irrtümlich die Identität des Versteigerungsguts  
mit dem beanspruchten Umzugsgut angenommen, obwohl das Protokoll  
ein Gewicht von 12.360 kg auswies.

Auf Grund dieses Einverständnisses erging der Beschluß vom  
3. 12. 1952 in dem Verfahren II/Z 2391 über 80.000,-- RM.  
Dieser Beschluß ist im Instanzenweg durch das Hanseatische  
Oberlandesgericht aufgehoben und das Verfahren an das Wieder-  
gutmachungsamt zurückverwiesen worden.

In erneuter Verhandlung vor dem Amt wies der Antragsgegner auf  
den nunmehr erkannten Identitätsirrtum hin. Unter verändertem  
Aktivrubrum (Sally Friedeberg) wurde daraufhin unter Ausklammerung  
der Versteigerungsaktion mit dem Erlös von 68.824,-- RM ein  
Vergleich über die beanspruchten 7.208 kg Umzugsgut auf Grund  
des nunmehr richtig identifizierten Erlöses von 11.290,20 RM  
in Höhe von 26.000,-- DM abgeschlossen, und zwar ohne Vorbehalt  
des Antragstellers hinsichtlich etwaiger Ansprüche aus der  
Versteigerung Wehling (68.824,-- RM).

Es ist bemerkenswert, daß der Antragsteller, der in dem Ver-  
fahren II/Z 2391 eindeutig nur 7.208 kg Umzugsgut beanspruchte,  
jetzt weitere 12.360 kg Umzugsgut geltend macht. Offensichtlich  
erhielt der Antragsteller von dem Vorhanden-sein und der  
Versteigerung des hier neu angemeldeten Anspruchs über 12.360 kg  
Umzugsgut erst im Laufe des Verfahrens II/Z 2391 Kenntnis.

Die ITC hat Anträge wegen beider Versteigerungen gestellt,  
und zwar in den Verfahren



II/Z 9893 -1- Sally Friedeberg  
Reg. Nr. 2763 (Nettoerlös 9.583,77 RM)

und

II/Z 10 049 Sally Friedeberg  
Reg. Nr. 1106 (Nettoerlös 63.198,61 RM).

Es ist kaum anzunehmen, daß die ITC aus ihren Register-  
eintragungen zur Klärung der Identitätsfrage mehr beitragen  
kann, als den hier vorliegenden Unterlagen zu entnehmen ist.

*Die Besondere Akte RS 468/38 enthält keinen Sachdienlichen  
Anhaltspunkt.*

*In Besonderen Akte Loske*

*Ank. des Gestapo-Az 1/B2 2660/41*

*14/9. 41*

Oberfinanzdirekt  
- F 229 - JA 4 -

1.) An das  
WGA beim L

Anlagen: *1) Derin*  
Ausw  
Wahl

Sally Friedeberg  
(Rae. Seidl pp

reicht der An  
berg nach Ein  
Der Antragsge  
Wehling nebst  
F 383 LA der  
sichtnahme.  
zur Genhemig  
fehlt eine U  
Auktionators  
besonders we

1.) in  
ge  
und

2.)

Re  
u  
(  
u  
3  
ni

Der Erlös  
kann sich  
des Gesch  
Dok. u. d.  
werden



Oberfinanzdirektion Hamburg  
- F 229 -UA 4 - BV 44/441 -

Hamburg, den  
Ja/Ma.

September 1960

V f g .

- 1.) An das  
WGA beim LG Hbg. (mit 2 begl. Durchschriften)

Anlagen: 1) *Der. Linie R 5 968/38 und* 2)  
Ausw. Vorg. Sally Friedeberg/Versteigerungsprotokoll  
Wehling (Bl. 6-23 d. Akte F 383 LA d. OFD Hamburg)  
in der Rückerstattungssache

Z 20 678 -2-

Sally Friedeberg Nachlass  
(Hae. Seidl pp.)

./.. Deutsches Reich  
(OFD Hamburg)

*(Der. Linie R 5 968/38 in Auswanderer-)*

reicht der Antragsgegner anliegend den Vorgang Sally Friede-  
berg nach Einsichtnahme zurück.

Der Antragsgegner überreicht ferner <sup>Abschrift</sup> des Versteigerungsprotokolls  
Wehling nebst Abrechnung vom 10.4.42 (Bl. 6 -23 der Akte  
F 383 LA der OFD Hamburg) mit der Bitte um Rückgabe nach Ein-  
sichtnahme. Das auf Blatt 97 - 115 des Auswanderervorganges  
zur Genehmigung eingereichte Umzugsgut des Geschädigten <sup>liefert</sup>  
fehlt eine Uebereinstimmung mit der Versteigerungliste des  
Auktionators Wehling in grossen Teilen und <sup>vermisst</sup> pæziell in den  
besonders wertvollen Positionen. Beispielsweise sei verwiesen

- 1.) in dem Auswanderervorgang auf die seitenlang auf-  
geführte Leibwäsche und Oberbekleidung, die Kinder-  
und Fotosachen, die im Versteigerungsprotokoll Wehling  
völlig fehlen.
- 2.) In dem Versteigerungsprotokoll Wehling auf die  
Reichhaltigkeit an Porzellan-, Kristall-, Silber-  
und Kunstgegenständen, ferner den Bechstein-Flügel  
(Pos. 563), die wertvollen Schränke (Pos. 569, 577  
und 586), die Orient-Teppiche und Brücken (Pos. 299 -  
304, 510 -529), die sich in dem Auswandererverzeichnis  
nicht vorfinden.

Der Erlös aus der Versteigerung Wehling von netto RM 63.198,61  
kann sich <sup>nach Auffassung des LG nicht</sup> auf das s.4t. zur Mitnahme genehmigte Umzugsgut  
des Geschädigten nicht beziehen, während des Versteigerungsprotokolls  
Börsen, das dem Vergleich vom 3.6.55 -2- II/2 2391 - <sup>gründet</sup> folgt  
worden ist, sich weitgehend mit dem <sup>Umsatz</sup> des <sup>Versteigerungs</sup> <sup>protokolls</sup> deckt.



bemerkenswert ist nach wie vor, <sup>erweit</sup> dass der Geschädigte in dem Verfahren II/Z 2391 ursprünglich eindeutig nur 7.208 kg Umzugsgut beansprucht und sich in dem über diesen Anspruch abgeschlossenen und rechtswirksam gewordenen Vergleich vom 3.6.55 über DM 26.000.- keinerlei Rechte hinsichtlich der hier beanspruchten 12.360 kg Umzugsgut vorbehalten hat, obwohl ~~der~~ <sup>der</sup> Anwalt lt. Protokoll vom 23.2.55 (II/Z 2391) darauf hingewiesen worden war, dass es für ihn dahingestellt bleiben könne, für welche Gegenstände ein Erlös von RM 63.000.- erzielt worden ist. Offensichtlich hat der Bevollmächtigte des Verstorbenen Antragstellers erst durch das Verfahren II/Z 2391 von dem Vorhandensein und der Versteigerung dieses weiteren Postens Umzugsgut erfahren.

Beachtlich ist übrigens auch, dass die Versteigerung der Umzugsgüter zu verschiedenen Zeiten, durch verschiedene Auktionatoren und unter Mitwirkung verschiedener Spediteure erfolgt ist.

Der Bevollmächtigte des Geschädigten möge sich zunächst darüber erklären, wer Erbe des Geschädigten ist.

Die Erben ~~und~~ des Geschädigten mögen den Nachweis darüber erbringen, dass das beanspruchte Umzugsgut Eigentum des Geschädigten gewesen ist.

*Er wird sich dem widersprechen und wird es freierhalten.*

*23.11.55 - UA 4*

*bes. m. h. u.*

*23.11.55*

Im Auftrag

( Sarfert )  
Regierungsassessor



Oberfinanzdirektion Hamburg  
F 229 - UA 4 - BV 44/441 -

Hamburg 13, den  
Jascha.

Aug. 1960

20

Vfg.

1) An das  
WA beim LG Hamburg (m. 2 begl. Durchschr.)

In der Rückerstattungssache  
Z 20 678 -2-

Sally Friedeberg Nachlaß  
(Rae. Seidl pp.)

./.

Deutsches Reich  
(OFD Hamburg)

entnimmt der Antragsgegner der Auskunft des Senats der  
Freien und Hansestadt Hamburg, Staatsarchiv, vom 21. 7. 1960,  
daß der Erblasser auch Haynstr. 5 wohnhaft gewesen ist.

Bemerkenswert ist nach wie vor, daß der Erblasser in dem  
Verfahren II/Z 2391 ursprünglich eindeutig nur 7.208 kg Umzugs-  
gut beansprucht und sich in dem über diesen Anspruch abge-  
schlossenen <sup>und rechtskräftig gewordenen</sup> Vergleich vom 3. 6. 1955 über 26.000,-- DM keiner-  
lei <sup>Beitrag</sup> hinsichtlich der hier beanspruchten 12.360 kg  
Umzugsgut vorbehalten hat. <sup>Bevollmächtigte des Verstorbenen, Erblasser</sup> Offensichtlich hat der Erblasser <sup>Auftragsteller</sup>  
erst durch das Verfahren II/Z 2391 von dem Vorhandensein und  
der Versteigerung dieses weiteren Postens Umzugsgut erfahren.

Beachtlich ist <sup>übrigens</sup> auch, daß die Versteigerung der Umzugsgüter  
zu verschiedenen Zeiten, durch verschiedene Auktivatoren und  
unter Mitwirkung verschiedener Spediteure erfolgt ist. Das  
in diesem Verfahren beanspruchte Umzugsgut ist zwar unter  
dem Namen <sup>Sally</sup> ~~Gisfried~~ Friedeberg, <sup>Hmb.</sup> Haynstr. 5, versteigert worden.  
Der Antragsgegner hält aber mit Rücksicht auf die besonderen  
Umstände und den ~~relativ hohen Erlösbetrag~~ <sup>Beitrag</sup> Beweisaufnahme für  
erforderlich und beantragt,

das Verfahren an die Wiedergutmachungskammer  
zu verweisen.

Abd 4.

2) U.d.A. 144  
<sup>neuer, damit zu bilden</sup>  
<sup>aus dem abgenommenen der Einkommungsliste des</sup>  
<sup>und durch das</sup>  
<sup>von 23.7.55 darauf hingewiesen worden war, dass es für die Einkommensliste</sup>  
<sup>für welche Gegenstände ein Erlös von über 63.000,- erzielt worden ist.</sup>  
<sup>in der Einkommensvergleich ist rechtskräftig geworden</sup>

Im Auftrag

(Polack)  
Regierungsrat

1960



Oberfinanzdirektion Hamburg  
- P 229 - UA 4 - BV 43/431 -

Hamburg, den 29. März 1962  
Ku./Be.  
App. 53

V f g .

20. MARZ 1962

3 X + 1 Akte

1. An das  
Wiedergutmachungsamt

( mit 2 begl. Durchschriften )

Anlage: 1 Akte F 383

In der Rückerstattungsache  
Z 20 678 -2-

Sally Friedeberg Nachlaß  
(Rae. Hans Seidl pp.)

./.

Deutsches Reich  
( OFD Hamburg )

Überreicht der Antragsgegner in der Anlage die hiesige  
Rückerstattungsakte F 383. Auf Bl. 6 ff. der Leitakte wird  
besonders hingewiesen. Da die durch den Auktionator Wehling  
vorgenommene Versteigerung den Erblasser dieses Verfahrens  
nicht betrifft, sieht der Antragsgegner davon ab, Abschriften  
der Versteigerungsabrechnungen aus der Akte F 383 zu fertigen.

Der Antragsgegner bittet, die überlassene Akte baldmöglichst  
zurückzugeben.

2. Z.d.A. - UA 4 -

Im Auftrag

(Dr. Fischer)  
Referent

Ausgangsbuch  
Ausgaben Ra 2073.62

etw. am 9./5.62

Zurück. Ausgangsbuch gelöscht.  
10/5.62

f. k.  
362